Dienstag, 13. Januar 1925.

Erscheint an allen Werktagen.

Einzelnummer 15 Groschen
mit illustrierter Beilage 30 Gr.

64. Jahrgang. Nr. 9.

Bezugspreis monatl. Zloty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Zloty.
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr

Die politische Woche in Deutschland.

Die Regierungsbildung gescheitert. — Keine Einigkeit unter den Parteien. — Die Lage in Preußen. — Entwaffnung und Räumung. — Neutralisierung der Rheinlande. — Die deutsch-französischen Zollverhandlungen.

Mit den Verhandlungen zur Regierungsbildung ist man jetzt am toten Punkt angelangt. Es hat sich gezeigt, daß die Parteien sich nicht einigen können. Sie haben sich in schroffen Beschlüssen festgelegt, und jeder weitere Tag der Krise hat die Gegensätze verschärft. Eine Regierung, die auf einer parlamentarischen Mehrheit ruht, ist nicht zu erreichen. Und so ging man auf die Suche nach einer Verlegenheitslösung und Verlegenheitsregierung. Ob man das Gebilde überparteilich oder Beamtenkabinett oder Uebergangs-Regierung nennt, die Wahrheit liegt allzu klar zutage. Die Tatsache auch, daß dabei nur eine Regierung der Schwäche herauskommt, die jeden Augenblick gestürzt werden kann und die auch im Ausland als solche gewertet wird. Die Entscheidungen, vor denen Deutschland steht, schreien aber geradezu nach einer starken Regierung von Dauer. Sie verlangen eine geschlossene Front im deutschen Volke, einen geeinten, festen Willen. Aber Parteibeschlüsse, Prestigefragen, persönliche Empfindlichkeiten und Parteiverranntheit zeigen sich in Deutschland stärker als die Forderungen der deutschen Lebensfragen. Die Parteien laden eine außerordentlich schwere Verantwortung auf sich. Aber keine will natürlich schuldig sein. Jede sucht die Verantwortung abzuwälzen. Es ist ein trost- und hoffnungsloser Ausblick in die Zukunft, daß Deutschland diese Stunde der Not und Gefahr nicht zu einigen vermochte. Von einer Regierung der Schwäche kann nur eine entsprechende Politik erwartet werden. Das Rheinland muß die Rechnung bezahlen. Die Augen werden dem deutschen Volk übergehen, wenn die Bilanz einmal gezogen wird.

Wie im Reich, so sieht es auch in Preußen aus. Die Minister des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten erklären, daß der Rücktritt der preußischen Regierung aus den Neuwahlen nicht gefolgert werden kann. Braun will nicht gehen. Die zwei volksparteilichen Minister sind anderer Meinung und sind ausgetreten. Eine Rumpfkabinett hätte keine Mehrheit hinter sich. Es geht in Preußen um dieselbe Entscheidung, wie im Reich: um die bürgerliche Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen. Die Stellung der Volkspartei ist in Preußen wie im Reich. Auch die des Zentrums. Die Deutschnationalen legen entscheidenden Wert auf ihre Beteiligung in Preußen. Eher werden sie sich im Reich nicht beteiligen. Die Volkspartei hat erklärt, sie werde das Rumpfkabinett mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpfen. Deutschland hätte also dann in Preußen wie im Reich die gleiche Regierung der Minderheit und Schwäche.

Die vorläufige erste Note der Alliierten in der Frage der Entwaffnung und Räumung ist, gut deutsch ausgedrückt, eine kaum glaubliche Leistung. Sie stellt einfach die allgemeine Behauptung auf, Deutschland habe nicht ganz nach Vorschrift entwaffnet. Den Beweis bleibt sie schuldig. Sie muß ihn schuldig bleiben, denn die Alliierten haben ja noch gar nicht die vollen Unterlagen, den abschließenden Bericht der Kontrollkommission. Und darin liegt das Ungeheuerliche. So glaubt man heute noch, mit Deutschland umgehen zu können. Ja, man gibt als ersten Grund der Nichträumung einfach an, der Bericht sei noch nicht fertig! Man hat Deutschland in London hereingelegt, das steht heute fest. Herriot und Mac Donald haben eine „neue Aera der Verständigung" in Aussicht gestellt. Die deutsche Delegation hat darauf vertraut. Mac Donald ist gestürzt, Herriot ist machtlos und kann jeden Augenblick fallen. Die vorläufige Hinausschiebung der Räumung allein wäre schließlich zu ertragen. Aber die französische Politik will mehr, viel mehr. Fürs erste erneute Kontrolle, erneute Entwaffnungsbedingungen. Dann will Frankreich die spätere sogenannte Völkerbundkontrolle in Deutschland in die Hand bekommen. Im Rheinland sogar eine ständige militärische Ueberwachung. England hat bereits zugestimmt. Eine zweite Rheinlandkommission soll ins Rheinland gesetzt werden. Die Pläne gehen noch weiter, auf einen Garantiepakt, der die „Sicherheit" Frankreichs durch die europäischen Alliierten und Deutschland verbürgt. Die Grundlage dieser Sicherheit soll das dauernd entmilitarisierte und überwachte Rheinland bilden. Das ist der Weg zu einer regelrechten Neutralisierung.

Es ist von jeher üblich gewesen, in Zollverhandlungen zu handeln, zu schachern und zu bluffen. Bei den deutsch-französischen Zollverhandlungen, die augenblicklich im Stadium der Krise stehen, war das von vornherein anders. In einer loyalen Verhandlungsbereitschaft, die auf gewisse inoffiziöse Sympathieerklärungen während der Londoner Verhandlungen zurückging, sind die deutschen Delegierten nach Paris gekommen, um nach Ueberwindung unsäglicher Schwierigkeiten schon in dem Anfangsstadium plötzlich bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen nach den Festtagen durch die französische Verhandlungstaktik vor völlig neue Verhältnisse gestellt zu werden. Das neue System stark erhöhter Minimaltarife, das man gegen Deutschlands Meistbegünstigung einzutauschen auf französischer Seite tatsächlich für möglich zu halten schien, überlastete eine ganze Reihe für Deutschland wichtiger Ausfuhrartikel um das Zehn- und Zwanzigfache der bisherigen Sätze. Daß die deutsche Delegation sich von solchen Motiven nicht leiten läßt, weiß man aus den Erklärungen der Regierung und von der ausdrücklichen Mitteilung Trendelenburgs, die Verhandlungen seien trotz der sich immer höher türmenden Schwierigkeiten nicht abgebrochen. Es bleibt vorläufig abzuwarten, ob die deutsche Regierung fest zu bleiben in der Lage sein wird, oder ob es wirklich zu einem deutsch-französischen Zollkrieg kommt.

Der Streit Danzig-Polen wird beigelegt.

Vor der Befriedung. — Antwort des Senats auf die letzte polnische Note. — Vor dem hohen Völkerbundskommissar. — Die Entschuldigung. — Das „enfant terrible" der polnischen Außenpolitik. Haltung der Danziger Presse.

Der Streit mit Danzig.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Einer der unglücklichsten Irrtümer ist es gewesen, daß man in Polen die Wirkung nicht erkannte, die die Anbringung polnischer Briefkästen an den belebtesten Stellen der Freien Stadt auf die Bevölkerung ausüben mußte. Gerade die außerordentlich verwickelte Stellung, in die der Versailler Vertrag und die aus ihm resultierenden späteren Absprachen und Verträge die Freie und durchaus deutsche Stadt gebracht hat, lassen die Danziger besonders eifersüchtig darüber wachen, daß die Zahl der ihr auferlegten Servitute nicht vergrößert und ihre Hoheitsrechte mehr als verträglich zulässig eingeschränkt werden. Und dieses Empfinden ist auch bei der Bevölkerung besonders stark ausgeprägt, und man muß es eben versuchen, sich in Polen die Gefühle einer fast ausschließlich deutsch sprechenden und empfindenden Bevölkerung hineinzuversetzen, die plötzlich neben der eigenen Post, polnische Briefkästen vor ihren Türen aufgehängt sieht. Wenn also in polnischen Kreisen vielfach die Auffassung besteht, daß die Erregung in Danzig eine „künstlich gemachte" sei, so ist diese ebenso ein Mangel an psychologischem Einfühlungsvermögen, wie die so oft von polnischer Seite deutschen Politikern zum Vorwurf gemacht worden ist.

In Polen aber hat die absolut unzulässige Beschmierung der polnischen Briefkästen eine Erregung hervorgerufen, die unter Umständen die polnische Regierung zu unklugen Schritten hätte zwingen können, da ja in Polen mehr als anderswo die Regierungen dem Drucke der öffentlichen Meinung ausgesetzt sind. Der Senatspräsident, Herr Sahm, hat also ein kluges psychologisches Verständnis gezeigt, als er durch die rückhaltlose Erklärung des Bedauern über den Vorfall, die Schmieraffäre glatt aus der Welt schaffte und somit auch die eigentliche Streitfrage von jedem Beiwerk reinigte. Sie steht nun in ihrer Eigenart völlig klar vor dem Urteil des Hohen Kommissars, dem es nun nicht schwer fallen dürfte, an Händen der früheren Entscheidungen das Recht wieder herzustellen.

In Warschau aber atmet man auf. Wie ernst man die Bemalungsaffäre genommen hatte, zeigt schon der Umstand, daß nach der gestrigen Sitzung des politischen Komitees nicht weniger als drei Minister, und an erster Stelle der stellvertretende Ministerpräsident Thugutt, vor der versammelten Presse das Wort ergriffen.

Außer ihm sprachen der Außenminister Skrzyński und der Vertreter Polens in Danzig, Minister Straßburger. Besonders Herr Straßburger war sachlich und ruhig in seinen Darlegungen, die rein juridisch das Recht Polens zu begründen suchten, die polnische Post auf dem von Polen gewählten „weiteren Umfang" einzurichten. Er verwies die Angelegenheit auf den einzig gangbaren Weg, auf dem der Entscheidung durch den Hohen Kommissar, gegen die dann beide Teile das Recht der Einsprüche beim Völkerbundsrat haben. Und das ist auch der Weg, den Danzig gewählt hat.

Aus der Rede Thugutts aber kann man entnehmen, welche Besorgnis in Warschau entstanden war, da man nicht wußte, auf welchen Weg man gedrängt werden könne, für den Fall, daß die Beschmierungsaffäre nicht gütlich erledigt werden könne. „Wir sind ein absolut friedfertiges Volk," sagte Herr Thugutt, „und eine durchaus pazifistische Regierung, und wir begreifen recht gut, welche Katastrophe jedes Abenteuer für das Land sein würde! Aber trotz allem Pazifismus dürfen wir niemandem gestatten, der polnischen Ehre zu nahe zu treten!" Wir begreifen also, wenn Herr Thugutt am Anfang seiner Rede sagte, er sei glücklich, daß die drohenden Wolken am Himmel zerstreut seien, und die „Rzeczpospolita", der man gewiß keine Schwäche vorwerfen kann, schreibt wörtlich: „Wir atmen wieder frei auf!"

Wenn wir bei der sonst abgemessenen Rede des Außenministers Skrzyński ein Bedenken haben, so liegt es darin, daß er von einem „Protektorat" Polens über die Freie Stadt Danzig sprach, die auch unter dem „Schutz" des Völkerbundes stehe. Er schränkte das Wort Protektorat zwar sofort dahin ein, daß er sagte: „Das Protektorat wurde festgesetzt, um unabhängig vom polnischen Eigenwillen Danzig, Polen das Recht auf freiem Zugang zum Meere durch Danzig zu sichern." Völkerrechtlich wird sich der von Herrn Skrzyński formulierte Begriff eines Protektorates unter keinen Umständen halten lassen und es wäre besser, er hätte ihn überhaupt nicht erst gebraucht. Diejenigen seiner Gegner, die ihm im eigenen Lande aus weitgehendem Unverständnis bekämpfen und ihm bei jeder Gelegenheit Schlappheit vorwerden, wird er mit diesem eingeschränkten Kraftwort doch nicht befriedigen können. Beweis: der heutige wirklich recht törichte Artikel des „Kurjer Poranny", der sich die größte Mühe gibt, nun in aller Eile die mühsam zurechtgerückten Töpfe dennoch zu zerschlagen. Die polnische Presse stellt mit Genugtuung fest, daß die Danziger Presse sich eines gemäßigten und ruhigen Tones befleiße, selbst der „Kurjer Poranny" muß dies in einem Danziger Telegramm zugeben. Auch die polnische Presse kehrt nach dem erhitzten Geschrei der letzten Tage zu ruhigeren und gemäßigteren Betrachtungen des Streitfalles zurück. Nur das enfant terrible der polnischen Außenpolitik, der „Kurjer Poranny", schreibt von einem Brief „des Herrn Sahm an den Statthalter der polnischen Regierung in Danzig" und randaliert dann weiter: „Herr Sahm kann die Ehre der polnischen Republik ebensowenig beleidigen, wie jeder andere Bürgermeister im Umkreis unserer Souveränität. Man könnte ihn höchstens bestrafen, nachdem man sich über die Art zuvor mit dem Völkerbund als Protektor Danzigs verständigt hat!"

In Danzig soll man sich nicht weiter über die Artikel dieses Blattes aufregen. Man soll sie lediglich sammeln, denn in ihrer Maßlosigkeit sind sie das beste Mittel, um der Sache Danzigs zu dienen, denn sie zeigen unverhüllt, worauf gewisse Kreise (glücklicherweise nur gewisse) in Polen hinauswollen, und wie nötig es ist, daß der Hohe Kommissar solchen Bestrebungen gegenüber auf seiner Hut ist.

*

Unser Warschauer Berichterstatter sendet uns zu dem Danziger Konflikt die soeben gebrachten Ausführungen, die besagen, daß endlich eine Entspannung eingetreten ist. Die polnische Presse in Warschau hat sich von ihrer Erregung auch erholt, und nur vereinzelte Heißsporne glühen noch in lodernder Erregung. Am wenigsten begreiflich ist diese Erregung beim „Kurjer Poranny", der doch ein gemäßigtes und linksstehendes Organ sein will, welches objektiv zu bleiben sich bemühen will. Aber der „Kurjer Poranny" hat schon des öfteren solche Streiche begangen, die seine Haltung als recht unsicher annehmen lassen.

Der Senat der Freien Stadt hat gestern auf die letzte Note des diplomatischen Vertreters Polens in der Angelegenheit der polnischen Briefkästen eine Antwortnote übermittelt, in der er der sofortigen restlosen Klarlegung der Vorgänge zustimmt. Die Note hat folgenden Wortlaut:

An die diplomatische Vertretung der Republik Polen in Danzig.

Wir bestätigen den Empfang der Note vom 7. Januar 1925, Nr. 225/25, nach welcher die Angelegenheit nach dortiger Darstellung einen neuen und besonderen Charakter angenommen hat. Wir begrüßen es im Interesse der Aufklärung, daß der Note die dort veranlaßten Vernehmungen beigefügt sind. Die Regierung der Freien Stadt Danzig legt besonderen Wert darauf, daß die Vorgänge sofort und restlos klargelegt werden. Sobald unsere sofort begonnenen Beweiserhebungen, die mit größtmöglicher Beschleunigung geführt und deren Abschluß binnen kürzester Zeit zu erwarten ist, beendet sind, werden wir auf den Inhalt der dortigen Note vom 7. Januar im einzelnen eingehen.

Wie wir erfahren, suchten im Laufe des gestrigen Tages der Präsident des Senats wie der diplomatische Vertreter der Republik Polen den Hohen Kommissar des Völkerbundes auf. Abends begab sich der polnische diplomatische Vertreter nach Warschau.

Am Abend hat eine erneute Besprechung zwischen dem Präsidenten des Senats und dem Hohen Kommissar des Völkerbundes stattgefunden. Auf Grund dieser Besprechung hat der Senat dem polnischen diplomatischen Vertreter durch einen höheren Beamten folgende Erklärung abgeben lassen:

Der Hohe Kommissar des Völkerbundes hat soeben mit dem Präsidenten des Senats eine Besprechung über den bisherigen Notenwechsel gehabt. Durch die hierbei gemachten Mitteilungen des Hohen Kommissars ist dem Senat bekannt geworden, daß die polnische Regierung in der stattgehabten Beschädigung der polnischen Postbriefkästen, selbst wenn diese keine Staatshoheitszeichen darstellen, doch eine Beleidigung des polnischen Staates und polnischen Volkes erblicke, eine Auffassung, die uns aus den Noten des polnischen diplomatischen Vertreters bisher nicht ersichtlich geworden ist.

Auf Grund dieses Tatbestandes gibt der Senat, indem er dem Rat des Hohen Kommissars des Völkerbundes Folge gibt, der polnischen Regierung gegenüber hiermit die Erklärung ab, daß er die auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig stattgehabten Beschädigungen polnischen Staatseigentums, die ihrer besonderen Art nach von der polnischen Regierung als eine Beleidigung des polnischen Staates und des polnischen Volkes aufgefaßt werden, vorbehaltlos mißbilligt und bedauert.

*

Hierzu schreiben die „Danz. Neuesten Nachrichten":

Danzig zeigt also durch die vorstehende Erklärung, daß es die Beschädigung der Briefkästen vorbehaltlos mißbilligt und bedauert. Dieses Bedauern wird zum Ausdruck gebracht, weil das Vorgehen einiger Heißsporne in der Nacht zum 6. Januar allgemein zu verurteilen ist. Es hat die Position Danzigs, die sich, so weit sie die Sache betraf, auf ein gutes Recht stützte, bedauerlich geschädigt, indem es durch Gewaltsamkeiten, die der Situation nicht dienlich waren, sondern für Danzig verderblich, der Angelegenheit eine neue Wendung gab, die in der Tat bedauerlich ist.

Die Presse, insbesondere wir selbst, haben die Vorfälle bereits bei ihrem Bekanntwerden verurteilt. Ihre einzige Milderung ist, daß sie einem erregten Empfinden entsprungen sein mögen. Aber in der Politik haben Erregungen von jeher mehr Unheil als Nutzen angerichtet. Der vorliegende Fall mag wiederum ein Beweis hierfür sein.

Der Senat hat im übrigen durch die Abgabe dieser Erklärung alles getan, was getan werden kann, um zu erweisen, daß Danzig in dieser Angelegenheit weder einen provozierenden, noch einen unschädlichen Standpunkt einnimmt. Diese Bekundung kann die Situation Danzigs nur verbessern.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Genf hat die Haltung Polens in Völkerbundkreisen großes Aufsehen erregt.

Berichtigung.

In dem Leitartikel „Fachoda II?" (s. „Pos. Tagebl." Nr. 8 vom 11. 1. 25) ist im letzten Absatz ein bedauerlicher Druckfehler vorgekommen. Es muß von Zeile 5 ab heißen: „Warum will sich Polen auch so einen Nachtmahr (nicht „Nachbar", wie es leider heißt) anschaffen, der schwer und düster umherkriechen würde? Wem soll solch ein Nachtmahr nützen? usw."

In der nachfolgenden Übersetzung „Danzig zu Polen" aus dem „Postęp" muß die Schlußbemerkung der Redaktion lauten: „Was wir hierzu zu sagen haben, das ist in unserem heutigen Leitartikel „Fachoda II?" gesagt." (Nicht: Leitartikel „Der Weg zum Meer".)

Der Konflikt mit Danzig.

Die „Agencja Wschodnia“ meldet aus Danzig: „Der polnisch-Danziger Konflikt ist insofern formell liquidiert, als die polnische Regierung anerkennt, daß die Abbitte des Vertreters des Senats ausreichend sei und genügende Genugtuung gebe. Materiell besteht der Konflikt weiterhin, da der Danziger Senat an die Entscheidung des Oberkommissars des Völkerbundes appelliert hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Angelegenheit Gegenstand eines langwierigen Schiedsverfahrens wird. Die vom Senat inspirierte Danziger Presse beschränkt sich heute auf gewöhnliche Informationen oder bewahrt völliges Stillschweigen.

Am Sonnabend traf der Danziger Generalkommissar Polens, Minister Straßburger, in Warschau ein. Er hielt eine zweistündige Konferenz mit dem Außenminister Skrzyński ab und konferierte darauf mit dem Minister Thugutt. Um 4 Uhr nachmittags beriet das politische Komitee des Ministerrates unter Teilnahme des Ministers Straßburger.

Gleich nach der Sitzung des politischen Komitees der Minister empfing Minister Thugutt Vertreter der Presse und gab folgende Erklärung ab: „Ich bin glücklich, daß die Wolken, die sich bis gestern über uns und der Freistadt Danzig häuften, sich etwas zerstreut haben. Die letzte Note des Danziger Senats, die heute morgen veröffentlicht wurde, bedeutet zweifellos eine Entspannung der Lage, zumindest in gewissem Maße und an einer Stelle. In Sachen der polnischen Post in Danzig besteht ein meritorischer Konflikt zwischen der Freistadt und Polen, und eine Verletzung der Ehre war nicht nur der Übergriff des Pöbels, sondern auch der Text der ersten Note des Danziger Senats. Wir sind das friedlichste Volk und die pazifischste Regierung, aber wir erlauben bei weitgerücktester Pazifikation niemandem, die Ehre Polens zu verletzen ohne Rücksicht darauf, ob der Verletzende stark oder schwach sein wird, und ob die Schwachen sich hinter dem Rücken der Stärksten verbergen. Ich stelle noch einmal mit höchster Befriedigung fest, daß sich die Lage insofern gemildert hat, als die polnische Regierung bereit ist, die letzte Note Danzigs ohne Rücksicht auf ihre mehr oder weniger glückliche Form als ausreichende Genugtuung zu betrachten. Es bleibt die kräftigste Verteidigung des am meisten unstrittigen Rechtes, was leichter sein wird, wenn nicht so reizbare Momente, wie die Tatsachen der vorhergehenden Tage eindringen werden.“

Nach dem Minister Thugutt ergriff der Außenminister Skrzyński das Wort und erklärte folgendes: „Die letzten Vorfälle in Danzig haben gezeigt, daß sich der Danziger Senat der aus dem Versailler Vertrag aus Artikel 29 der Pariser Konvention und den Artikeln 149, 150 und 151 des Warschauer Abkommens hervorgehenden Verpflichtungen entziehen will. Hinsichtlich des Postdienstes im Danziger Hafen hat die leichtsinnige und die Interessen der Freistadt gefährdende Politik des Senats, der leider weiterhin seine Aspirationen, Inspirationen nicht aus dem Versailler Vertrage schöpft, sondern aus Quellen, die nichts gemein haben mit dem wirklichen Interesse der Freistadt, und dem polnischen Staatsgedanken Feind sind, noch einmal ihr trauriges Licht geworfen. Der Zwischenfall ist insofern als liquidiert zu betrachten, als der Senat für die Beleidigung, die die polnische Regierung in den letzten Vorfällen sah, Genugtuung gab. Die meritorische Seite, die zweifellos klar ist, und einen Boden darstellt, auf dem die polnische Regierung unverbrüchlich stehen wird, ist durch Danzig dem Oberkommissar des Völkerbundes zur erstinstanzlichen Entscheidung übergeben worden. Ich habe die Hoffnung, daß die Angelegenheit vom Kommissar, der ein Pächter der Verträge und des sie belebenden Geistes sein muß, im Sinne des Paktes der oben erwähnten Verträge entschieden werden wird. Im Zusammenhang mit dem Vorfall kann man jedoch nicht umhin, auf eine wahre Quelle hinzuweisen, aus der weitgehende Mißverständnisse, die das Zusammenleben Polens mit der Freistadt trüben könne, fließen und weiter fließen werden. Es ist die Abneigung des Danziger Senats, für das Verständnis der wirklichen Stellung Danzigs, das unter dem Protektorat Polens und unter der Protektion des Völkerbundes steht. Dieses Protektorat ist festgelegt worden, um die Rechte Polens auf den Zugang zum Meere über Danzig völlige Sicherheit seiner Rechte, durch dessen Ausführung der polnische Staat auf der Wacht seiner inneren Staatsinteressen stehen, zu garantieren und von der Willkür Danzigs unabhängig zu machen. Je eher der Oberkommissar (und es scheint, daß die Sache im Grunde genommen, nicht leicht ist) den Senat zwingen wird, die elementaren und grundlegenden Prinzipien des Versailler Vertrages, bei der Interpretierung des Geistes der Verträge, zu verstehen, desto eher werden Aufhetzungen und zwecklose Reibungen, die jedenfalls nicht im Interesse der Freistadt liegen, im Zusammenleben Polens und Danzigs durch Wohlstand, Ruhe und Harmonie vertreten werden.“

Stimmen aus Warschau zum Danziger Zwischenfall.

Nach der gestrigen maßlosen Sprache der Warschauer Presse im Danzig-polnischen Poststreit scheint es, als wenn heute ganz leise eine Mäßigung bemerkbar sei. Man droht jedenfalls nicht mehr offen mit einem militärischen Einbruch. Die „Rzeczpospolita“ spricht zwar noch von einem Zwang, der ausgeübt werden muß, damit Danzig Genugtuung leiste und Garantien für die Zukunft gebe, aber von militärischen Maßnahmen ist nicht mehr die Rede. Dafür schreibt das Blatt, daß die Mächte heute nicht mehr alle Forderungen Danzigs anerkennen würden und daß daher Polen „freier denn je sei, alle Mittel anzuwenden, um die nötige Satisfaktion zu erhalten“.

Der „Kurjer Poranny“ bezeichnet einen diplomatischen Konflikt als eine Folge der Politik Plucińskis und schreibt: „Nicht um Postkästen handelt es sich hier, sondern um die Souveränität Polens, die durch die schwarz-weiß-rote Farbe an den Postkästen bedroht wurde.“

„Gazeta Warszawska“ verlangt, daß Polen nach den Methoden Mussolinis gegen Danzig vorgehe.

Eine Ausnahme im Warschauer Blätterwalde bildet der „Robotnik“, der schreibt: „Die Gewalttaten der Danziger Nationalisten, die die polnischen Briefkästen bemalt haben, sind keine so bedeutenden Erscheinungen, daß man darüber die Hände ringen müßte. Wie der Zweikampf zwischen Danzig und Polen auch ausfällt, Danzig hat in keinem Falle etwas zu verlieren. Polen verliert, wenn der Völkerbund zu Gunsten Danzigs entscheidet, und gewinnt nicht wenn der Völkerbund sich an den Buchstaben des Vertrages hält. Polen begeht einen großen Fehler, wenn es Danzig mit der politischen, statt mit der wirtschaftlichen Waffe bekämpfen will. Auch unsere Politik krankt am Nationalismus.“

Ein Monat Gefängnis für den verantwortlichen Redakteur des „Posener Tageblattes“

Der verantwortliche Redakteur des „Posener Tageblatts“, Robert Styra, stand am 10. Januar 1925 vor der Strafkammer des hiesigen Sąd Powiatowy (Amtsgericht) wegen Vergehen gegen §§ 186 und 196, sowie § 20 des Pressegesetzes. Der Anklage zugrunde lag ein Artikel „Ans Licht“, der im „Posener Tageblatt“ am 22. März 1924 veröffentlicht worden war und die Ausweisung der Frau Pfarrer Kasten und des Arbeiters Otto Chimm mit Familie schilderte. Das Gericht sah in diesem Artikel eine Beleidigung der polnischen Behörden und schloß sich dem Antrag des Anklagevertreters an, den verantwortlichen Redakteur Robert Styra, der die Verantwortung für diesen Artikel übernahm, zu einer Strafe von einem Monat Gefängnis zu verurteilen und ihm die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen. Verteidiger des Angeklagten war Herr Rechtsanwalt Martin Cohn. Über den Verlauf der Verhandlung erfolgt noch ausführlicher Bericht. Gegen das Urteil wird Revision angemeldet werden.

Republik Polen.

Programm für Riga.

Das Programm für den Empfang des Minister Skrzyński in Riga ist wie folgt: Am 12. findet beim Außenminister Majerowicz ein Raut, am 13. bei der polnischen Gesandtschaft ein Frühstück unter Teilnahme des Republikspräsidenten und baltischer Abgeordneter, um 7 Uhr abends beim Präsidenten ein Essen und um 8 Uhr 45 Min. die Abfahrt von Riga nach Reval statt.

Um die Arbeitszeit.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des 10stündigen Arbeitstages sind auf dem toten Punkt angelangt. Im Zusammenhang damit wird in Kattowitz der Departementschef des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge und der Generalarbeitsinspektor Klotta erwartet.

Der Innenminister im Osten.

Am 10. d. Mts. kam der Innenminister Ratajski nach Równo, von wo aus er nach Abschreiten der Front einer Ehrenkompagnie und Besichtigung der Stadt sich nach den Grenzgebieten in die Nähe Korcas begab. In Korca wurde der Minister von der Einwohnerschaft lebhaft begrüßt, die zu Ehren des Ministers ein Triumphtor errichtet und die Stadt mit Flaggen geschmückt hatten.

Nach der Begrüßung des Ministers durch den Bürgermeister und der Überreichung von Bot und Salz begrüßte den Minister im Namen der dortigen polnischen Einwohnerschaft der katholische Dekant und sprach in einer längeren Rede die Freude darüber aus, daß der Minister den weiten Osten besucht habe. Er sprach verschiedene Wünsche der Bevölkerung aus, vor allen Dingen über den Grenzschutz, für wirtschaftliche und kulturelle Förderung der Ostwojewodschaften und die stärkere Verbindung mit ganz Polen. In der Antwort betonte der Minister, daß die Regierung ihre erste Aufgabe darin sehe, die Grenze insbesondere zu schützen, wofür die Gründung des Grenzschutzkorps der beste Beweis sei.

Darauf gaben der russische Propst und der dortige Rabbiner dem Minister Erklärungen der Anhänglichkeit und loyalen Stellungnahme zum polnischen Staat ab.

Als Antwort erhielten sie von dem Minister die Versicherung, daß der polnische Staat allen seinen Bürgern den gleichen Schutz ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens auf dem Boden der polnischen Republik gewähre.

Aus Korca begab sich der Minister an die Grenze und visitierte bei seiner Rückkehr nach Równo die Grenzschutzabteilungen. U. a. besuchte der Innenminister einen Übergangsgrenzpunkt und die neuen Bauten für den Grenzschutz.

Nach Besichtigung Korcas und Erteilung von Audienzen im Gemeindeamt kehrte der Minister nach Równo zurück, wo er nach Besichtigung der Starostei die Vertreter der städtischen Zivil-, Gerichts- und Militärbehörden empfing und Vertretern der Selbstverwaltungsorgane und der Gesellschaft Audienzen erteilte.

Zum weiteren Verlauf der Pariser Finanzkonferenz.

Die Pariser Finanzkonferenz, die sich mit den Zahlungsreglungen Deutschlands auf Grund des Dawes-Gutachtens beschäftigt und in Paris zusammengetreten ist, hat jetzt mit ihren Arbeiten begonnen. Eine amtliche Mitteilung sagt darüber folgendes: „Die offiziöse Unterhaltung der Hauptdelegierten beginnt heute nachmittag. Die Minister Clementel, Churchill und Theunis werden, wie bereits mitgeteilt, die Frage der belgischen Priorität studieren und sich dann mit den Besatzungskosten beschäftigen. Auch der italienische Finanzminister de Stefani wird an dem zweiten Teil der Unterredung teilnehmen. Die englischen und die belgischen Sachverständigen haben im Laufe des Tages eine vorbereitende Besprechung gehabt. Clementel empfing gestern die Presse und hielt eine Rede, in der er sagte, zunächst müßten offiziöse Besprechungen der Finanzminister die Einigung über die Hauptpunkte herbeizuführen versuchen, während die Sachverständigen eine „gewisse Einheitlichkeit“ in den Besprechungen zu erreichen suchen würden. Als die Hauptfragen betrachtet Clementel die Abrechnung über die Ruhr, die belgische Priorität und Amerikas Beteiligung an den Dawes-Einnahmen. Frankreich hoffe auf einen Anteil, der höher sei als die 52 Prozent von Spaa.“

Keynes zum internationalen Schuldenproblem.

Der Nationalökonom Keynes, der schon mehrfach zu dieser Angelegenheit das Wort genommen hat, veröffentlichte abermals einen Aufsatz über das internationale Schuldenproblem. Er behandelt in diesem Aufsatz den Anteil Frankreichs, Englands und Amerikas am Kriege, und sagt dann:

„Die Schulden entstanden nicht wie andere Schulden. Nach französischer Auffassung setzten alle Alliierten ihre Kräfte in den Krieg ein. Es war, wie der Amerikaner sagt, ein 100-Prozent-Krieg. Die Alliierten verwendeten jedoch ihre Kräfte nicht in derselben Weise. Frankreichs Leistungen waren hauptsächlich militärischer Art. Es hatte infolge der Besetzung nicht genügende wirtschaftliche Möglichkeiten zur Ernährung seines Heeres. Englands militärischer Einsatz war nicht so groß, wie derjenige Frankreichs, um so größer aber seine Leistung in maritimer Hinsicht. Auch waren Englands finanzielle Leistungen größer, da, solange Amerika außerhalb stand, England für Ausrüstung und Nahrungsmittel zu sorgen hatte.

Amerikas Leistung war hauptsächlich finanzieller Art. Seine militärischen Leistungen im Verhältnis zur Bevölkerung und gemessen an seinem Einsatz an Soldaten war geringer. Andererseits war Amerikas Leistung als Versorger der Alliierten enorm, und ohne seine Hilfe war dieser Ausgang des Krieges undenkbar. So trugen alle Alliierten das ihrige zum Kriege bei, aber nicht jeder in derselben Weise. Nun ist es England oder Amerika aber niemals eingefallen, Frankreich und Italien für die englischen oder die amerikanischen Geschosse zu belasten, die aus amerikanischen oder englischen Geschützen abgefeuert wurden. Selbst wenn englische oder amerikanische Geschosse aus französischen oder italienischen Kanonen abgefeuert wurden, so wären die englischen oder amerikanischen tatsächlichen Kosten geringer, weil Frankreich und Italien Kanonen lieferte, die Folgen trugen und die Kriegspensionen zahlen müssen. Anders wäre es, wenn die amerikanischen Soldaten Kanonen und Geschosse rechtzeitig die französische Front erreicht hätten, so daß Frankreich sich hätte in seinen ersten Stellungen halten können. Niemandem wäre es eingefallen, Frankreich für die amerikanische Hilfe zu diesem Falle zu belasten. Auch England belaste Italien nicht für seine an der italienischen Front geleistete Hilfe. Weil aber die amerikanischen Kanonen die Front nicht erreichten, nur amerikanischer Weizen, amerikanische Geschosse und Petroleum nach Frankreich gelangten, Frankreich aber die Soldaten stellen mußte und die Verluste an Menschenleben zu tragen hatte, müsse es für die Geschosse, den Weizen und das Petroleum zahlen. Das reimt sich nicht. Hier fehlt die Logik. Aber abgesehen von der Entstehung der Schulden würde deren Festsetzung Unfrieden stiften.“

Die Mutter.

Roman von Lola Stein.

(27. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Jetzt verdirbst Du mir alles. Um Lächerlichkeiten. Um das bißchen Essen, das ich nicht so schön koche wie Deine Mutter. Und das dumme Geld!“

Er dachte an die ewigen Eierspeisen, die schlechten Wassersuppen, die doch soviel mehr kosteten, als der Mutter gute Küche. Er dachte zum erstenmal, daß es nicht leicht war, einem so verwöhnten Prinzeßchen, das den Wert des Geldes nicht kannte, begreiflich zu machen, daß man mit einer bestimmten Summe auskommen mußte.

„Wir müssen eben einfacher leben, wenn alles so unerhört teuer ist!“

„Noch einfacher?“ fragte sie verblüfft.

„Du kannst nicht sagen, daß der Aufschnitt zu heute abend einfach ist.“

„Sprichst Du schon wieder davon? Ich habe ihn doch gekauft, um es für Deine Freunde und Freundinnen hübsch zu machen. Schon einmal machtest Du mir darüber Vorwürfe.“

„Eier sind einfach, aber bei diesen Zeiten eben auch noch zu teuer, Uschi.“

„Fleisch ist noch teurer.“

„So müssen wir eben weder Fleisch noch Eier essen. Was tun denn Hunderttausend andere? Es muß doch billigere Gerichte geben, von denen man satt wird.“

Sie sagte trotzig: „Ich kenne keine.“

„Aber es ist Deine Sache, Dir Dein Köpfchen ein wenig darüber zu zerbrechen, Uschi.“

Sie gab eine trotzige Erwiderung. Ein Wort folgte dem anderen. Es wurde ein heftiger, leidenschaftlicher Ehezank. Schließlich warf Uschi sich über ihr Bett und weinte hemmungslos. Sie fühlte sich unglücklich.

Ehe die Gäste kamen, versöhnten sie sich wieder. Schwuren sich von neuem ihre unaussprechliche Liebe. Begriffen nicht, daß sie sich gezankt hatten. Aber Uschi erschien doch mit geröteten Augenlidern in etwas gedrückter Stimmung vor ihren Gästen.

Und auch Udo war nicht so heiter wie sonst.

XIV.

Ellen kam von einem Waldspaziergang heim. Vor einigen Tagen war der erste Schnee in diesem Winter gefallen. An diesem frostklaren Vormittag hatte der Wald sie unwiderstehlich angelockt. Von dem großen Schäferhund der Eltern begleitet, war sie stundenlang gegangen.

Sie hatte das Haus schon früh mit dem Vater verlassen, den seine Praxis wie gewöhnlich über Land rief. In seinem kleinen Wägelchen, das er selbst kutschierte, war sie eine Strecke durch den Wald mit ihm gefahren. Als er dann auf die Chaussee abbiegen mußte, war sie ausgestiegen und mit „Greif“ weitergegangen.

Es war ganz einsam und wundervoll im Walde. Die Bäume standen regungslos unter der Last des Schnees. Gegen Mittag glitzerten Sonnenstrahlen auf den Zweigen und dem Boden. Ellen fühlte sich wie in einer verzauberten Welt. Ganz entrückt, ganz weit von all dem, was sonst ihr Dasein ausmachte.

Greif, der sonst unzertrennliche Begleiter seines Herrn, liebte Ellen mit seiner treuen Hundeseele und wich niemals von ihrer Seite, wenn sie die Eltern besuchte. Auch er war jetzt alt und oft schon ein wenig faul.

Alt und still war alles in dem kleinen Doktorhaus. Der Arzt selbst, Ellens Vater, der seine große Landpraxis zwar immer noch ausübte, aber daheim müde und ruhebedürftig war. Die Mutter, auch noch rüstig und fleißig und unermüdlich tätig, aber mit einem kleinen, beschränkten Interessenkreis, der nicht über Mann und Haushalt hinausging. Das alte Dienstmädchen, das schon Jahrzehnte im Hause war, ein wenig mürrisch, wie sie schon immer gewesen, wortkarg, aber tüchtig und fleißig. Drei Menschen, die zusammen alt geworden waren, die die neue Zeit nicht mehr begriffen, die sich seit Jahren fassungslos und schaudernd von den Zeitungsberichten abwandten. Die in die veränderte Welt nicht mehr hineinpaßten.

So alt, so unwirklich waren Ellen die Eltern noch nie erschienen wie diesmal. Vielleicht lag es daran, daß sie selbst sonst anders zu ihnen gekommen war. Froher, freier als jetzt. Es hatte sich immer für sie nur um den Aufenthalt weniger Wochen gehandelt, und so lieb sie die alten Eltern auch hatte, so hatte sie doch stets dem Tage entgegengelebt, an dem Udo kommen und sie heimholen würde.

Wie lange sie diesmal bleiben wollte, wußte sie nicht. Vielleicht kamen die Kinder zu Weihnachten her, vielleicht reiste sie dann mit ihnen nach Berlin. Vielleicht aber, wenn man nicht nach ihr verlangte, blieb sie den ganzen Winter in der Einsamkeit dieses kleinen Oertchens zwischen den müden, schweigenden Eltern, vielleicht auch noch den nächsten Sommer. Sie wußte es selbst nicht.

Sie hatte auch den alten Leuten gesagt, daß sie nicht wisse, wie lange sie bleiben würde. Der Vater meinte: „Du weißt ja, Ellen, für Dich ist immer bei uns Platz. Bleibe, so lange Du magst.“

Die Mutter erriet sogleich den wahren Grund. „Alt und jung verträgt sich nicht, das ist wahr, Kind. Du bist selbst noch jung, aber auch Du kannst Dich nicht an so ein verzogenes Püppchen gewöhnen, wie Udo es Dir ins Haus gebracht hat. Ich versteh Dich, Ellen. Du fühlst Dich überflüssig in dieser jungen Ehe.“

Aber auch hier im Hause war Ellen überflüssig. Sie schlief in ihrem alten Giebelstübchen, das sie als Mädchen bewohnt. Sie wollte der Mutter manche Verrichtung abnehmen, aber die alte Frau litt es nicht.

„Laß mir meine Pflichten,“ bat sie. „Ruhe Du Dich aus, Ellen, Du arbeitest das ganze Jahr ja schwer genug. Wenn ich meine Arbeit nicht mehr habe, fühle ich mich nicht wohl.“

Auch das alte Mädchen ließ sichs nicht von ihrer Tätigkeit nehmen, nicht das geringste durfte „die junge Frau“, wie sie Ellen nannte, tun. Sie bediente sie, sie sorgte in rührender Weise für sie. Aber Ellen ward innerlich nicht froh und nicht frei.

(Fortsetzung folgt.)

„Mein Herrrrr! Ich erlaube nicht, mir Vorlesungen hier zu halten!! Ich bin kein Elektrotechniker, sondern ein ehrlicher Patrrrriot, mein Herr! . . . .“

„Still, meine Herren, nicht raufen hier, vor dem Antlitz des Feindes, des schrecklichen unerbittlichen Feindes, den zu bekämpfen wir uns geschworen haben! Meine Herren, — ich habe eine freudige und für unseren Verein rettende Idee: Wir wollen uns speziell für diesen Sommer auf das Retten der Kaschubei vor der überhandnehmenden Entpolung legen. Es gibt da herrliche Landpartien. Meine Frau möchte diesen Sommer dort in der Nähe des polnischen Meeres verleben. Wollen wir also dort eine „Besondere Mission zur Rettung des Korridors vor der Germanisierung“ errichten, und muß unsere Verwaltung samt Familien eigens zu diesem Zwecke für die Sommerferien (auf Kosten des Verbandes) an die Seeküste delegiert werden. Die Mittel, die bekommen wir ja von der großen Sammlung während der „Z. K. O. Z.-Woche!“ Einverstanden? — „Ijjah, Ijjah, Ijjah, Ijjah!“

Dieses Bild einer Vorstandssitzung muß einem unwillkürlich vorschweben, wenn man die Beschlüsse liest, die im Z. O. K. Z. am 7. d. Mts. gefaßt wurden. Da wird für Süd-Posen ein „Verband polnischer Landwirte evangelischer Konfession zum Kampfe mit dem Deutschtum“ zum Beispiel reorganisiert. Auch eine Generalsammlung für die Kasse des Z. O. K. Z. auf dem Gebiete von ganz Polen im Laufe einer ganzen Woche vom 1. bis 8. Februar d. Js. zu veranstalten beschlossen. . . .

Also, neue Mittel zur konsequenten Verhetzung und Verdrängung der Mitbürger deutscher Nationalität sollen jetzt schon in Massen aus unserem ohnedies zerrütteten, armen, steuerbelasteten, durch Nationalitätenhaß zerspaltenen Lande herausgepreßt werden? Ja, nur einzig zu diesem Zwecke werden diese Mittel aus dem von Natur gutmütigen aber leichtgläubigen Polen von den Herren Okazisten herausgezogen! Denn zum Kampfe mit einer eventuellen Gefahr an der deutschen Grenze haben wir die Armee, und gegen innere Wühler — die Staatsbehörden. Leider, wie es scheint, nur nicht gegen solche Staatszerrütter und Wühler, wie es die Herren von dem Z. O. K. Z. sind. . . .

Dr. von Behrens.

Von der polnischen Pressetribüne.

Wegen der weitverbreiteten Gerüchte über die Agrarreform in den Grenzlanden des Ostens schreibt der „Piast“:

„Aus den gesamten Nachrichten geht hervor, daß die Regierung des Herrn Grabski an die Reform der Landwirtschaft in Polen gar nicht denkt, indessen will sie diese in den Ostkreisen durchführen. Und dies auf welche Weise? Also das Projekt der Herren Grabski, Thugutt und des Ministers der landwirtschaftlichen Reform, Kopczyński, sieht nicht weniger und nicht mehr vor als eine Enteignung des gesamten polnischen Eigentums längs der bolschewistischen Grenze in einem Gürtel von 70 Kilometern und Verteilung dieses Landes an die örtliche Bevölkerung mit vollständiger Ausschließung der Polen.

Nun, dieses ungewöhnlich schwere Problem hat Herr Grabski sehr leicht gelöst, welcher zur Verteidigung dieses Projektes erklärte, daß dies vor dem Frühjahr erfolgen soll, weil sonst der Banditismus zunimmt und Unruhen entstehen. Er hatte damals vorgeschlagen, die enteignete Erde an die Gemeinden zur gemeinsamen Nutznießung sofort abzutreten — und später diese unter die Mitglieder der räuberischen Banden zu verteilen, um ihnen Beschäftigung zu geben und sie auf diese Weise von ihrer bisherigen Arbeit abzulenken, — und auch auf diese Weise einen Verteidigungswall gegen Rußland zu schaffen.

Der Gedanke ist dieser Herren wahrhaftig wert! Wir wissen nicht, ob es sich wo anders und irgend wann auf der Welt ereignet hat, daß eine Regierung, der wenigstens ein gesunder Sinn geblieben ist, an etwas Derartiges, Ungeheuerliches gedacht hat.

Wir wissen nicht, ob man irgendwo daran gedacht hat, die eigenen friedlichen Bürger von der ihnen gehörigen Scholle zu vertreiben — um damit Banditen zu belohnen. Um das im Kopfe zu begreifen, muß man wahrhaftig „ein außergewöhnliches Hirn“ besitzen. So viel wird bei uns über Bolschewismus gesprochen und deklamiert, über seine Fortschritte und seine schädliche Wirkung, und ganz billigerweise werden seine Apostel in den Bienenkorb gesetzt.

Wie soll man solche Einfälle bezeichnen? Das bolschewistische Rußland hat die Polen enteignet, aber an ihre Stelle hat es niemand anders gesetzt als die Moskauer, und auf diese Weise das staatliche Element gestärkt — das Polen der Grabski und Thugutt beabsichtigt zu seiner Festigung die Polen von ihrer eigenen, seit ewigen Zeiten ihnen gehörigen Erde zu vertreiben.

In der Zeit, wo die einheimische Landbevölkerung mit größter Spannung und Ungeduld die Erledigung eines der dringendsten wirtschaftlich-sozialen Probleme — das der landwirtschaftlichen Reform — erwartet, wo der allgemeine Landhunger eine unaufschiebbare Frage ist, stellen berufene oder nicht berufene Faktoren Projekte auf, welche unser polnisches Besitztum beschneiden.“

Obige Ausführungen macht der „Piast“ in dem charakteristisch erhobenen Tone und in nicht gerade gewählten Ausdrücken.

*

Der Korrespondent der „Gazeta Lwowska“ (Lemberger Zeitung) aus dem bolschewistischen Grenzlande schreibt, daß nach Nachrichten aus Moskau sich ein immer größerer Bankrott der inneren Politik der gegenwärtigen Führer der sowjetistischen Regierung verspüren läßt.

„Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß das neue Jahr den Moskauer Behörden etwas schwierige Übergänge, und besonders von der Seite ihrer bisherigen „Komplizen“, den ehemaligen Streitern des kommunistischen Lagers bringen wird. Im Anschluß an Trotzki ist in den letzten Tagen einer von den hervorragendsten Vertretern der neuen Regierung — der Genosse Preobrashenski (gleichfalls ein hartnäckiger Gegner Sinowjews), „erkrankt“, und eben soll von neuem der bekannte Dzierzyński (der Schöpfer der Tschereswytschajka und jetziger Vorstand des nationalen Wirtschaftsrates) „erkranken“. Die Krankheit des Dzierzyński steht in Verbindung mit seinem unentschiedenen Standpunkt gegen die ihn bekämpfenden Lager. Entgegen den offiziellen Erklärungen der Regierung, welche die Meldungen über Unruhen im Schoße der Roten Armee dementieren, können wir — auf Grund unbedingt glaubwürdiger Informationen — behaupten, daß letztens erneut Massenverhaftungen roter Führer fast aus allen in Moskau stationierten Militärformationen vorgenommen worden sind. Es wurden vor allem die Mitglieder der „kommunistischen Kammern“ verhaftet, und zwar derjenigen, welche über die kommunistische „Reinheit“ in den Reihen der Roten Armee wachen sollten. Die konterrevolutionären Erscheinungen mehren sich jeden Tag, und die Sowjetregierung zweifelt nicht, daß den letzten Schlag gegen sie gerade die beabsichtigen welche sie bisher als unzerbrechliche Stütze ihrer Macht angesehen hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß zur Stärkung der antisowjetistischen Stimmung in allen Schichten der Bevölkerung in hohem Maße die Niederlagen der sowjetistischen Diplomatie, und im besonderen das Fiasko der Projekte des „Kominterns“ in Mitteleuropa und auf dem Balkan beigetragen haben. Es muß noch erwähnt werden, daß die Sowjetregierung zur Rettung der Situation ihre Anstrengungen auf der Weltarena konzentrieren will, um im Osten einen Bund einiger Staaten unter der Ägide Moskaus zu gründen mit der Spitze gegen den „Imperialismus“ der großen europäischen Mächte. Die Gründung dieses Blocks, in welchem die asiatischen Staaten die Hauptrolle spielen sollen, bildet in Sowjetrußland die populärste Parole des Tages.“

Ein Redakteur vor Gericht.

Die Hauptverhandlung am 10 Januar 1925.

Wie wir bereits gestern berichteten, stand am 10. Januar d. J. der verantwortliche Redakteur des „Posener Tageblattes“, Robert Styra, vor dem hiesigen Amtsgericht, um sich wegen eines Artikels zu verantworten, den er am 22. März 1924 im „Pos. Tagebl.“ veröffentlicht hatte. Zu diesem Prozeß waren drei Zeugen geladen.

Den Vorsitz führte Herr Landgerichtsdirektor Kowarzyk, die Anklage vertrat Herr Prokurator Dr. Dębecki. Verteidiger war Herr Rechtsanwalt Martin Cohn. Der Anklage zugrunde lag ein Artikel „Ans Licht! — Ausweisungspraktik“, in dem dargestellt worden ist, daß die Ausweisung der Frau Pfarrer Kasten während der Abwesenheit ihres Mannes erfolgt wäre, obwohl sie schwer krank zu Bett gelegen habe. Desgleichen handelte es sich um die Ausweisung der Familie Otto Chimm, dessen Frau sich zehn Tage nach der Niederkunft befand. Nach Verlesung des inkriminierten Artikels wurde zur Vernehmung der Zeugen geschritten. Zunächst wurde der Distriktskommissar vernommen, der unter Eid aussagte, daß Frau Kasten nicht als krank angesehen werden konnte, da sie bei dem ersten Besuch der Polizei mit dem Packen von Sachen beschäftigt gewesen sei und dann, als die Polizei einige Stunden später erschienen war, bereits im Bett gelegen habe. Frau Kasten hätte wahrscheinlich simuliert. Er verlangte von ihr ein kreisärztliches Attest und gab ihr 24 Stunden Zeit zur Besorgung dieses Attestes. Auf Befragen der Verteidigung, ob Frau Kasten erklärt habe, daß sie mittellos sei und ein kreisärztliches Zeugnis nicht beschaffen könne, sich aber auf den ortsansässigen Arzt, Sanitätsrat Dr. Knab, berief, erklärte der Zeuge, Distriktskommissar Kłos, daß er in diesem Falle auch ein solches Zeugnis angenommen hätte, dieses sei jedoch nicht vorgelegt worden. Seines Wissens nach sei die Ausweisung ohne jede Gewalt vor sich gegangen. Die andere Zeugin sei auf Veranlassung der Polizei bei der Ausweisung behilflich gewesen. Frau Kasten sei allein aus dem Bett gegangen, habe sich auf einen Stuhl gesetzt und sich allein angezogen, während die beiden Frauen nur die Sachen zugereicht hätten.

Frau Eilmes, die Küsterfrau, die gleichfalls bei der Ausweisung zugegen gewesen sei, erklärte, daß Frau Kasten vor Aufregung am ganzen Leibe gezittert habe und einen sehr leidenden Eindruck machte. Sie führte das auf die Aufregung und auf den schwer krank darniederliegenden Vater in Deutschland zurück, von dem sie gehört habe, daß er im Sterben liege. Sie habe die Frau Pfarrer Kasten nach der Grenze gebracht, die fünfzehn Kilometer von Kaszczor entfernt sei.

Für den zweiten Fall, die Ausweisung Chimm, waren keine Zeugen geladen, es lag jedoch eine Aussage des Polizeibeamten vor, aus der hervorzuheben ist, daß die angegebene Tatsache, daß Frau Chimm zehn Tage nach der Geburt eines Kindes war, den Tatsachen entspreche. Es sei aber auf Antrag des Arbeiters Chimm für ihn selbst keine Aufenthaltsverlängerung genehmigt worden, für die Frau und das Kind wäre sie jedoch bewilligt. Trotzdem seien die Eheleute gemeinsam ausgewandert.

Der Verteidiger stellte folgende Beweisanträge:

1. Die Frau Pfarrer Kasten vernehmen zu lassen, daß sie an dem betreffenden Tage tatsächlich krank gewesen sei, daß sie den Distriktskommissar, als er die Vorlegung eines kreisärztlichen Attestes verlangte, darauf hingewiesen habe, daß sie ein derartiges Attest wegen Mittellosigkeit nicht beibringen könne und daß sie sich zum Beweis ihrer Krankheit auf den Sanitätsrat Dr. Knab berufen habe.

2. Herrn Sanitätsrat Dr. Knab in Kaszczor vernehmen zu lassen, ob Frau Pfarrer Kasten an dem Tage schwer krank gewesen sei.

Das Gericht lehnte nach Beratung diese beiden Anträge ab, da es den Sachverhalt für genügend geklärt hielt.

Darauf ergriff der Staatsanwalt das Wort zu zusammenfassenden Ausführungen, in denen er noch eine genaue Darstellung gab, daß durch den Artikel die polnischen Behörden beleidigt worden seien. **Er beantragte, den Redakteur des „Pos. Tageblatts“ zu einer Strafe von einem Monat Gefängnis zu verurteilen.**

Nach dem Anklagevertreter sprach der Verteidiger des Angeklagten, der zunächst zur formellen Seite den Antrag stellte, in dem Falle Chimm die Einstellung des Verfahrens anzuordnen, da der Strafantrag des Herrn Wojewoden von Pommerellen zu spät gestellt worden sei. Zur materiellen Seite führte er aus: „Durch die Aussagen des Polizeibeamten in Puck wird ja gar nicht bestritten, daß Frau Chimm zehn Tage nach der Geburt eines Kindes mit ihrem Mann ausgewiesen worden sei. Der Tatbestand bleibt bestehen. An diesem Tatbestand kann auch die Tatsache gar nichts ändern, daß man der Frau Chimm erlauben wollte, in Polen mit ihrem Kinde zu bleiben. Die Frau war einfach gezwungen, mit auszuwandern, wenn ihrem Manne kein Aufschub gewährt wurde. Was sollte denn die Frau hier in Polen mit ihren fünf Kindern anfangen, von denen das jüngste 10 Tage alt war, ohne Ernährer und ohne Schutz. Sie mußte einfach mitgehen, wenn ihr Mann ausgewiesen wurde.“ Im Fall Kasten führte der Verteidiger aus, daß nach den Aussagen der Frau Eilmes es als sicher angesehen werden kann, daß Frau Kasten krank gewesen sei. Dem Angeklagten, Redakteur Robert Styra, müßte man den guten Glauben unbedingt zubilligen, denn nach dem Beweismaterial, das in seiner Hand war (ein Brief des Herrn Pfarers Kasten, ein Brief aus Dirschau und der „Berliner Lokalanzeiger“, sowie die „Deutsche Tageszeitung“), mußte er davon überzeugt sein, daß die Tatsachen zutreffend seien, die er geschildert habe. Es könne darauf hingewiesen werden, daß die vorliegenden Zeitungen diese beiden Fälle noch viel schärfer hingestellt haben, als es der Angeklagte getan hat. Der Verteidiger beantragte Freisprechung, indem er noch obendrein die Unbescholtenheit des Angeklagten als strafmildernd unterstrich. Sollte das Gericht sich nicht zu der Ansicht bekehren können, daß der Angeklagte straffrei ausgehen müsse, so bäte er darum, doch auf keinen Fall eine Gefängnisstrafe zu verhängen, sondern höchstens eine geringe Geldstrafe anzuordnen.

Hierauf erhielt der Angeklagte, Robert Styra, das Wort, der etwa sagte: „Hohes Gericht! Wenn mir Leichtfertigkeit vorgeworfen worden ist, durch die ich die polnische Staatsbehörden beleidigt habe, so muß ich diesen Vorwurf von mir weisen. Ein deutscher Redakteur in Polen ist gewissenhaft genug erzogen worden, auf eine Aufgabe hinzuarbeiten. Und ich sehe meine Aufgabe darin, mitzuarbeiten an der Befriedung und der Vereinigung aller Mißverständnisse die zwischen Polen und Deutschen bestehen. Die Deutschen in Polen haben ein Interesse daran, daß diese beiden Nachbarvölker in Frieden miteinander leben, weil doch von diesem Frieden letzten Endes auch unser eigenes Wohlergehen abhängt. Wenn ich diesen Artikel gebracht habe, so brachte ich ihn in dem Gedanken, eine Warnung auszusprechen. Denn solche Tatsachen, wie sie mir da geschildert worden sind, dienen gewiß nicht dem Verständigungsgedanken, dem die Arbeit der Deutschen in Polen gehört. Zu warnen, das war die Aufgabe, um die es ging, denn wenn solche harten Maßnahmen ergriffen werden, kann die Spannung zwischen diesen beiden Völkern, die doch aufeinander angewiesen sind, nur stärker werden. Der Herr Staatsanwalt hat mir zum Vorwurf gemacht, daß ich nicht sorgfältig genug die Tatsachen geprüft habe. Ich bitte das hohe Gericht, zu bedenken, daß mir kein Detektivbüro zur Verfügung steht. Wen sollte ich vernehmen lassen, ob die Tatsachen stimmen. Sollte ich vielleicht den einfachen Frauen, die dabei behilflich waren, mehr glauben als dem Herr Pfarrer Kasten selber, der doch gewiß das größte Interesse schon als Geistlicher hat, die Wahrheit zu sagen. Ich habe vollständig im guten Glauben gehandelt und ich bin mir keiner Schuld bewußt. Ich fühle nicht den Vorwurf, der mir gemacht ward, daß ich die polnischen Behörden beleidigt habe. Ich habe keine Behörde beleidigt, wie könnte das auch geschehen sein? Und selbst die unteren ausführenden Organe, wie könnten die beleidigt sein, da sie doch selber die Tatsachen als solche nicht bestreiten. Im übrigen schließe ich mich den Ausführungen meines Verteidigers an, und ich bitte um meine Freisprechung.“

Nach dem Schlußwort des Staatsanwalts zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Das Urteil lautete:

Der Angeklagte, Redakteur Robert Styra, wird auf Grund der §§ 186 und 196, sowie des § 20 des Pressegesetzes mit einem Monat Gefängnis bestraft. Die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt. In der Begründung wurde u. a. gesagt, daß sich das Gericht darüber klar geworden sei, daß die von dem Redakteur Styra behaupteten Tatsachen in den beiden Fällen, Kasten und Chimm, nicht der Wahrheit entsprechen, und daß dieser Artikel geeignet sei, die polnischen Behörden in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen und verächtlich zu machen. Als strafmildernd fällt ins Gewicht die Unbestraftheit des Angeklagten und seine unschuldigen Kinder. Als strafverschärfend der Zweck des Artikels, die polnischen Behörden verächtlich zu machen. Aus diesem Grunde ward das obige Urteil gefällt.

Gegen das Urteil wird Revision angemeldet.

Republik Polen.

Grabski erkrankt.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Sejm benachrichtigte der Vorsitzende der Kommission Zdziechowski die Teilnehmer der Sitzung davon, daß der Präses des Ministerrates Ministerpräsident Grabski erkrankt sei und vorläufig nicht imstande sei, sein Exposé zu halten, weshalb die Erörterung der Budgetfrage des Finanzministeriums vertagt wurde.

Die Reise des Innenministers.

Auf seiner weiteren Inspektionsreise nach den östlichen Wojewodschaften kam der Innenminister Ratajski am 11. d. Mts. nach Dubno, wo er nach einem Gottesdienst in der katholischen Kirche die russische Kirche und die Synagoge besuchte, die Starostei besichtigte und die Kreis- und Magistratsämter visitierte. Darauf begab sich der Minister nach Krzemieniec, wo er vom Volke mit dem Bürgermeister an der Spitze begrüßt wurde. Zum Schluß der Inspektion kam der Minister nach Zdolbonowo, wo er enthusiastisch begrüßt wurde. Am gestrigen Tage kehrte der Minister nach Warschau zurück.

Der Münzenumlauf.

Am Montag kam ein größerer Transport von Silbermünzen die in der französischen Münzkammer geprägt wurden, in Warschau an. Dank diesem neuen Transport wird sich der Geldumlauf um 10 000 Złoty vergrößern.

Ein neuer Abgeordneter.

Anstelle des verstorbenen Sejmabgeordneten Tadeusz Pruszyński wird Herr Tadeusz Chwalibóg, ein Landmann aus der Lubelskaer Wojewodschaft in den Sejm eintreten.

Ausbau des Gefängniswesens.

Am 10. d. Mts. um 12 Uhr mittags, fand im Justizministerium eine Konferenz in der Angelegenheit der Schaffung eines Gesetzes, das das Gefängniswesen betrifft. An dieser Konferenz nahmen unter dem Vorsitz des Justizministers Żychliński der Vizeminister Stennicki, der Direktor des Staatsdepartements Głowacki, der Präses des Appellationsgerichtes Hübner, der Vorsitzende des Justizministeriums Kuczyński, Janta-Małczewski, Warmski, sowie der Ministerialrat Bugajski teil. Die Hauptbedingungen des Ausbaues des Gefängniswesens für das ganze polnische Reich wurden besprochen und angenommen.

Paderewski in Rom.

Gestern kam der erste polnische Ministerpräsident und Klaviervirtuose Paderewski in Rom an, wo er vom Ministerpräsidenten Mussolini empfangen wurde.

Straßburger wieder in Danzig.

Montag früh kehrte der Generalkommissar der Republik Polen, Minister Straßburger, nach Danzig zurück. Er übernahm sofort wieder die Führung der Geschäfte.

Von der Verwaltungskommission.

Die Administrations-Sejmkommission hat in ihrer gestrigen Sitzung, an der der Innenminister Ratajski teilnahm, verschiedene Anträge, die die östlichen Wojewodschaften betrafen, erledigt. Nach der Diskussion wurde zur Abstimmung über 11 angemeldete Resolutionen geschritten. Der Abgeordnete Zwierzyński meldete eine Resolution, die die Einführung des Ausnahmezustandes betrifft, und die mit 17 gegen 9 Stimmen verworfen wurde, an. Nach anderen Resolutionen wurde die Resolution des Abgeordneten Prager, die die Regierung zur sofortigen Regelung der Agrarreform in den östlichen Wojewodschaften aufruft, angenommen. Gleichzeitig wurde die Resolution des Abg. Kościałkowski, die die Abberufung der Generale von den Wojewodschaftsposten betraf, angenommen. Verworfen wurde die Resolution des Abg. Wędziagolski über ein Gesetzesprojekt in der Wilnaer Frage. Zuletzt wurde die Resolution des Abgeordneten Kiernik mit 18 gegen 6 Stimmen angenommen, die von der Regierung ein Verbesserungsprogramm der Staatsverwaltung in den östlichen Wojewodschaften verlangt, das alle wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse des Volkes berücksichtigen soll, und das bei der Ausführung der Agrarreform auch die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung berücksichtigen soll. Für diese Resolution erklärte sich der Minister Thugutt. Die Resolution der Abgeordneten Jeremicz, Grünbaum, Insler und Szyper, die das Schulwesen, das Kolonisationswesen, sowie die Angelegenheit der finanziellen Hilfe für das jüdische Volk betreffen, wurde verworfen.

Die Selbstverwaltung.

Gestern fand eine Konferenz des Marschalls Rataj, des Ministers Ratajski, sowie eines Vertreters der Verwaltungskommission, Dr. Putka, in der Angelegenheit der Selbstverwaltungsgesetze statt. In dieser Konferenz wurde erklärt, daß das Gesetz über die Organisierung städtischer Gemeinden kurz vor der Beendigung sei. Der Innenminister erklärte, daß eine Anzahl Städte in Klein- und Kongreßpolen schon in den nächsten Tagen zur Wahl der Selbstverwaltungskörperschaften schreiten können. Die Regierung wird dem Sejm ein Gesetzesprojekt vorlegen, auf Grund dessen die Stadtverordnetenwahlen wie bisher vor sich gehen können. Der Vorsitzende der Kommission, Dr. Putek, sprach die Meinung aus, daß man heute eine schnelle Erledigung des Gesetzes der Dorfgemeinden erwarten kann und erklärte, daß die Wahlen in diesen Gemeinden nach dem Wahlgesetz im Juni d. Js. werden stattfinden können.

Ein erregter Zwischenfall im Reichstag.

Dr. Höfle legt sein Ministeramt nieder. — Antrag der Deutschnationalen zum Barmat-Kutiskerskandal

Wir berichteten neulich, daß zwei Zentrumsabgeordnete wegen Verwicklung in den Fall Barmat ihr Amt niedergelegt hätten. Der eine davon war der Abgeordnete Dr. Höfle, der gleichzeitig das Amt des Reichspostministers bekleidet. Über dessen Person kam es in der gestrigen Reichstagssitzung zu einem erregten Zwischenfall.

Abg. Henning (Nat.-Soz.) fragt an, ob Dr. Höfle bereits sein Amt niedergelegt habe. Wenn das noch nicht geschehen sei, dann solle er in den Reichstag berufen werden, um sich zu verantworten. Sei Dr. Höfle bereits zurückgetreten, so soll sein Stellvertreter hierher zitiert werden. (Große Unruhe.)

Präsident Löbe stellt fest, daß Dr. Höfle, wie sämtliche Mitglieder des Kabinetts, sein Amt niedergelegt habe, aber mit der Fortführung der Geschäfte betraut worden sei. Diesen Auftrag übe er aber gegenwärtig nicht aus, sondern er werde vertreten durch den Staatssekretär Sauter. (Hört, hört! und große Unruhe.)

Abg. Henning (Nat.-Soz.) stellt erneut den Antrag, den Postminister herbeizurufen. Es müsse festgestellt werden, ob er nur für einige Stunden sein Amt nicht ausübe oder ob er auf sein Amt verzichtet habe. Er müsse dem Hause Rechenschaft geben über die Nachrichten, die über ihn kursieren.

Der Antrag auf Herbeiholung des Postministers Dr. Höfle wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten abgelehnt. (Stürmische Unruhe im ganzen Hause. — Lebhafte Rufe rechts: Barmat-Schieber!)

Die Vorlage wird darauf angenommen. Bei der Einleitung und Überschrift fordert unter großer Unruhe des Hauses Abg. Henning (Nat.-Soz.) die Absetzung des Gesetzentwurfes, bis wieder ein Postminister vorhanden sei, zu dem der Reichstag Vertrauen haben könne, und der nicht in die Barmat-Affäre verwickelt sei. Der Redner teilt mit, daß er sein Material der Staatsanwaltschaft übermitteln werde, und daß er die Einleitung einer Untersuchung gegen Dr. Höfle beim Staatsgerichtshof beantragen werde. (Leb. Hört, hört!, allgemeine große Unruhe, heftige Zwischenrufe auf allen Seiten.)

Abg. Fehrenbach (der Vorsitzende der Zentrumsfraktion) erhebt sich darauf in großer Erregung und wendet sich gegen den Abg. Henning indem er erklärt: Mit der Einleitung und Überschrift zu dem vorliegenden Gesetz haben diese Ausführungen nichts zu tun. Für den Vorredner handelt es sich anscheinend nur darum, eine traurige Angelegenheit (stürmisches Hört, hört!), die aber noch keineswegs geklärt ist, breitzutreten. Sie können versichert sein, daß der Gerechtigkeit Genüge geschehen soll! (Lebhafte Bewegung, Hört! Hört!-Rufe und andauernde große Unruhe.

Die Deutschnationalen verlangen einen Untersuchungsausschuß zum Fall Barmat-Kutisker.

Der Antrag lautet wie folgt: „Der Landtag wolle einen Untersuchungsausschuß von 35 Mitgliedern einsetzen zur Prüfung der Frage, ob und wie weit bei der Gewährung der Staatsbank-Kredite an die Kutisker-Barmat- und Michael-Konzerne politische Momente oder unlautere Beeinflussungen mitgewirkt und im öffentlichen Leben stehende, besonders auch beamtete Personen sich direkte oder indirekte Vorteile verschafft haben."

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Barmat-Affäre und der Schädigungen, die dem Reiche dadurch zugefügt worden sind, beantragt. Dieser Untersuchungsausschuß ist inzwischen vom Reichstag eingesetzt worden.

Auch der letzte Versuch Marx' ergebnislos.

Dr. Luther beauftragt.

Auch der sechste Versuch des Reichskanzlers Marx, eine Regierung in Deutschland zu bilden, ist mißlungen. Ein sogenanntes Kabinett Marx kommt demnach nicht mehr in Frage. Die wochenlangen Bemühungen in dieser Richtung sind ergebnislos verlaufen. Marx begab sich zum Reichspräsidenten, um ihm endgültig den Auftrag der Regierungsbildung zurückzugeben. Darauf empfing der Reichspräsident im Verlauf des Abends den Reichsaußenminister Stresemann, den Abgeordneten Schiele und Hermann Müller. Mit diesen Herren hielt der Reichspräsident getrennte Besprechungen ab.

Der Reichspräsident bat dann den Reichsfinanzminister Luther, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Dieser will jedoch erst prüfen, ob seine eventuellen Schritte auch Erfolg hätten. Das Ergebnis ist somit kein Ergebnis, sondern der regierungslose Zustand in Deutschland dauert weiter an. Im allgemeinen wird ja der Person des Reichsfinanzministers Dr. Luther von allen Parteien sehr viel Vertrauen entgegengebracht, und vielleicht ist er erfolgreicher bei der Regierungsbildung als sein Vorgänger Dr. Marx.

Eine Erklärung zum Mißerfolg des Reichskanzlers Dr. Marx wurde gestern abend von amtlicher Seite in folgender Form durch das W. T. B. verbreitet: „Feststellungen bei der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben ergeben, daß sie sowohl gegen ein aus Zentrum und Demokraten gebildetes Kabinett, wie auch gegen das durch Staatssekretäre ergänzte bisherige Kabinett in schärfste Opposition treten würde. Da Reichskanzler Marx unter diesen Umständen die Möglichkeit einer Regierungsbildung durch ihn nicht mehr gegeben sah, hat er heute nachmittag den ihm erteilten Auftrag dem Reichspräsidenten zurückgegeben."

Die Rheinländer beim deutschen Reichskanzler Marx.

Auf Anregung weiter Kreise des Rheinlandes war eine Abordnung beim deutschen Reichskanzler, um mit ihm noch einmal über die Nichträumung der Kölner Zone zu verhandeln. Es waren vertreten, die Ausschüsse der Wirtschaft, die Abgeordneten, die Gewerkschaften, die Presse, sowie Vertreter des Landes.

Der Oberbürgermeister von Köln Adenauer, hielt folgende Ansprache: „Herr Reichskanzler, meine Herren von der Reichsregierung und von der Preußischen Staatsregierung! Der 10. Januar des Jahres 1925 sollte für das besetzte rheinische Gebiet ein Tag der Freude werden. Wir haben, und zumal im letzten Jahre, die begründete Hoffnung hegen dürfen, daß infolge der von Deutschland eingeschlagenen Politik der erste der im Versailler Vertrag festgesetzten Räumungstermine innegehalten würde und daß am 10. Januar 1925 für die nördliche Zone, für $2^1/_2$ Millionen Menschen, die Stunde der Befreiung von der Besatzung schlagen würde. Das ganze besetzte Gebiet durfte in dieser fristgemäßen Räumung ein Unterpfand dafür erblicken, daß auch die folgenden Termine innegehalten würden. In dieser unserer Hoffnung und Erwartung sehen wir uns auf das schwerste und bitterste getäuscht. Die Räumung ist heute, am 10. Januar, nicht erfolgt; es hat ein Notenwechsel stattgefunden zwischen den Besatzungsmächten und der deutschen Reichsregierung. Die Note, die die Besatzungsmächte überreicht haben, ist reichlich unklar und, wenn sie auch nicht aller Hoffnung uns beraubt, so ist sie doch geeignet, uns mit den schwersten Besorgnissen zu erfüllen, sie steht — das möchte ich auch hier nochmals nachdrücklichst betonen — nach der ganzen Art und Weise, wie sie sich ausdrückt, in schärfstem Gegensatz zu der Loyalität, mit der das besetzte rheinische Gebiet die vertragsgemäße Besetzung während der vergangenen Jahre getragen hat. (Sehr richtig!) An unserer Not, meine Herren, und in unserer großen Besorgnis kommen wir zu Ihnen um von Ihnen zu hören was die Reichsregierung zu tun gedenkt welche Mittel sie hat, um dafür zu sorgen, daß die Stunde unserer Befreiung möglichst bald schlägt."

Auf diese Ansprache erwiderte der Reichskanzler Dr. Marx in längerer Rede. Er nannte das vertragswidrige Verhalten der Alliierten ein Unrecht, „das dem ganzen Deutschland angetan wird und das ganz Deutschland als solches empfindet". Er hob hervor die Unhaltbarkeit der Begründung der Nichträumung von seiten der verbündeten Regierungen, und sagte weiter dann wörtlich: „Meine Herren, seien Sie überzeugt, daß die Reichsregierung bei allem Hin und Her des Notenwechsels und der Verhandlungen nicht vergessen wird, daß es sich bei diesem politischen Kampfe um das Schicksal von Millionen lebendiger Menschen und treuer deutscher Patrioten handelt."

Zum Schluß die Schwierigkeit der deutschen Regierungsbildung betonend erklärte er: „Wir wissen nicht, wie die kommende Reichsregierung zusammengesetzt sein wird, aber ich glaube der Erwartung und Ueberzeugung Ausdruck geben zu sollen, daß auch die neue Reichsregierung in außenpolitischer Hinsicht denselben Weg weitergeht den die Regierung des Reichskanzlers Marx gegangen ist".

In den letzten Sätzen wies der Kanzler auf die unzertrennbare Zusammengehörigkeit des besetzten und unbesetzten Deutschlands hin.

Deutsches Reich.

Kreditkündigungen der Reichspost.

Berlin, 12. Januar. Wie wir erfahren, hat die Reichspost alle ihre an Barmat und andere Kreditsucher gegebenen Kredite zum 1. Februar gekündigt. Es wird sich somit an diesem Tage zeigen, ob und welche Verluste das Reich durch die Ministertätigkeit des Herrn Höfle erleidet. Auch die Kredite an die Gesellschaft des Herrn Josef Wirth sind zu diesem Tage gekündigt. Inzwischen hat auch die **Rentenbank** ihre sämtlichen Kredite zum 16. Januar gekündigt. Mit der Schwindelaffäre Barmat und Genossen hat aber die Rentenbank nichts zu tun.

Neue Gehaltsforderungen in Oesterreich.

Wien, 11. Januar. Die österreichischen Beamtenverbände fordern zum ersten Februar eine nochmalige Erhöhung aller Bezüge entsprechend der Lebensmittelteuerung. Diese Preisskala hat im letzten Monat wieder um 5—8 Prozent angezogen.

Die Tätigkeit der Kontrollkommission.

Genf, 11. Januar. Der Pariser „Temps" meldet aus Berlin: Die Kontrollkommission kehrt am Montag nach Berlin zurück. Sie wird alsdann den Bericht über die Ergebnisse ihrer Kontrolle des deutschen Luftschiffbaues fertigstellen, der noch Mitte der nächsten Woche nach Paris gehen soll. Dann wird der vorläufige Abschluß der Kontrolle in Deutschland vorliegen und die Alliierten werden zu endgültigen Beschlüssen gelangen können. Die nächste Sitzung des Botschafterrates ist Freitag kommender Woche.

Die verweigerte Gehaltszahlung.

Weimar, 11. Januar. Die von dem früheren Staatsbankpräsidenten Loeb beantragte einstweilige Verfügung auf Fortzahlung seines Gehalts und seiner übrigen Bezüge ist vom Gericht abgelehnt worden, da die Rechtsklage unklar und die Forderung nicht genügend begründet erscheint.

Lohnverhandlungen.

Essen a. R., 11. Januar. Die neuen Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau beginnen am 16. Januar. Seitens der Werksverwaltungen wird erklärt, daß eine neue Lohnerhöhung nur bei gleichzeitiger Kohlenpreiserhöhung tragbar sei.

Schiffsunglücksfälle.

Hamburg, 11. Januar. Im Nordweststurm der letzten Tage sind untergegangen: der Dampfer „Dahomey" mit 81 Mann Besatzung, der Dampfer „Sonja" mit 26 Mann Besatzung. Die Dampfer „Havris" und „Benedikt" sind gesunken, das Schicksal der Besatzungen ist unbekannt. Auf der See treiben Wrackstücke, was auf den Untergang weiterer Schiffe schließen läßt.

Die Regierung des Völkerbundskommissars in Oesterreich.

Dazu kommt aus Wien folgende Meldung: Im 24. Bericht des Generalkommissars für die Zeit vom 15. November bis 15. Dezember 1924 verlangt der Generalkommissar die Beschleunigung des Personalabbaues, strenge Einhaltung der Arbeitsstunden in den Ämtern, Verschmelzung der Bundesverwaltung und der autonomen Verwaltung in den Landesregierungen, Verminderung der Zahl der Mitglieder der Landesregierungen und Aufhören der Zuschüsse zu den Kosten der Personalvertretungen, die bisher aus Staatsmitteln gewährt worden sind. Reform der Agrarverwaltung und der Staatsgebäudeverwaltung, sowie Abbau der Invaliden- und Entschädigungskommissionen. Bisher sind insgesamt 71 344 Bundesangestellte abgebaut worden. Der Generalkommissar berichtet, daß er im Dezember die Freigabe von 150 Milliarden Kronen aus der Völkerbundsanleihe für die Auszahlung der Staatsbeamtengehälter verweigert habe und nur 75 Milliarden für diese Zwecke bewilligte. Nach den bisherigen Ausgabeziffern werden die Staatsausgaben für 1924 etwa 670 Millionen Goldkronen betragen haben, während nach den Vereinbarungen mit dem Völkerbund nur 545 Millionen zulässig sind, also ein sehr erhebliches Defizit vorhanden ist. Der Bericht des Generalkommissars enthält auch einige scharfe Bemerkungen über die Politik der Banken. Die Wirtschaftslage beurteilt der Generalkommissar ungünstig. Bezüglich der Preisbewegung stellt der Bericht fest, daß Österreich sich rasch den Weltmarktpreisen nähere, sie vielleicht schon überschritten habe.

Was die Franzosen fürchten.

Platzpatronen und Holzsäbel sind gestattet.

Im Januarheft der „Süddeutschen Monatshefte" ist ein Aufsatz unter dem Titel „Leidensjahre des Pfalz" erschienen. Der Aufsatz gründet sich auf das Aktenmaterial der bayerischen Regierung. Es ist ein trauriges Kapitel, die ganze Geschichte, aber stellenweise ergötzlich zu lesen, wenn man erfährt, daß die Franzosen Holzsäbel gestatten und die schwarz-weiß-rote Fahne eines Mädchengymnasiums fürchten. An einer Stelle des oben erwähnten Aufsatzes heißt es:

„Die Regierung der Pfalz weist die Besatzungsbehörden darauf hin, daß infolge der Ablieferung aller Schießzeuge Sperlinge und Raben bedeutende Ernteschäden verursachen, und bittet um Abhilfe. General Gérard erläßt darauf eine Verfügung, in der er anordnet, „vom Wunsche geleitet", der werktätigen Bevölkerung einen erneuten Beweis seiner Fürsorge zu geben, daß die Feldhüter ausnahmsweise ermächtigt werden, „mit blinden Patronen zu schießen, um die Sperlinge und Raben zu erschrecken".

Unter dem 24. April 1921 ist verzeichnet: Der Bezirksdelegierte von Zweibrücken verbietet, daß bei der Veranstaltung eines Kommerses der Abiturienten Schläger verwendet werden, lediglich die Benutzung von Holzsäbeln (sabres en bois) ist gestattet.

Im Dürkheimer Mädchengymnasium wurde im März 1921 ein Ausflug gemacht. Die Mädchen gingen zu vieren geordnet. Der französische Delegierte untersagte der führenden Lehrerin diesen „groben Unfug". Die Mädchen der höheren Töchterschule Landau benutzten als Mal beim Dauerlauf eine schwarz-weiß-rote Fahne. Der schwarze Streifen wurde, um keinen Anstoß bei den Franzosen zu erregen, abgetrennt. Major Prudhomme befahl aber im April 1922, daß die ganze weiß-rote Fahne verschwinde.

Daß die Schülerinnen eines Mädchengymnasiums und ihre schwarz-weiß-rote Fahne die „Sicherheit" der Besatzungsbehörden gefährden können, ist eine Feststellung, die, wenn sie im Zusammenhang des Ganzen nicht so unendlich traurig wäre, Lachen und immer wieder Lachen hervorrufen könnte.

Aus anderen Ländern.

Sitzung des französischen Gesamtkabinetts.

Rotterdam, 11. Januar. Reuter meldet gestern früh: Die Sitzung des Gesamtministeriums am Donnerstag nachmittag hat die deutsche Note gegen die Vertagung der Räumung Kölns zur Kenntnis genommen. Das Kabinett hat sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß die britische Regierung nicht befugt ist, Beschlüsse der Gesamtheit der Alliierten abzuändern. Inwieweit die deutsche Note zu beantworten ist, soll in einer späteren Sitzung nach Vorliegen der Abschlußberichte der Militärkontrollkommission zur Entscheidung kommen.

Das Recht der Macht.

Genf, 11. Januar. Der „Matin" meldet: Zwischen den Alliierten ist eine Uebereinkunft erzielt worden, den Schlußbericht der Botschafterkonferenz nicht zu veröffentlichen und nicht an Deutschland bekannt zu geben. Aus dem Antrag Frankreichs zu dem Kontrollbericht erfährt das gleiche Blatt, daß die Verlängerung der Militärkontrolle um zunächst drei Monate verlangt wird.

Die Antworten auf das zweite deutsche Memorandum.

Rotterdam, 11. Januar. Wie der „Courant" erfährt, sind die Antworten der Ratsmächte auf das zweite deutsche Memorandum dem Völkerbundssekretariat abschriftlich zugegangen. Nur die Antworten Spaniens und Italiens stehen noch aus. Auch das zweite Memorandum Deutschlands, das man fälschlich als Aufnahmegesuch bezeichnet hatte, habe die Stellungnahme der Ratsmächte nicht ändern können, die dahin geht, daß Deutschland wohl ein Ratssitz zuzubilligen sei, daß aber ein Aufnahmegesuch unter allen Umständen ohne Bedingungen einzureichen sei.

In England abgewiesen.

„Evening Times" melden, daß die Brüder Barmat, deren Fall jetzt in Berlin politische Finanzskandale in der Art des Panamaskandals nach sich ziehe, vor Jahresfrist auch Londoner Banken um größere Darlehne angegangen sind. Die angebotenen Unterlagen, die in Industriepapieren deutscher Werke bestanden hätten, seien jedoch so gering gewesen, daß die Verhandlungen nicht weitergeführt worden wären.

In kurzen Worten.

Die evangelischen kirchlichen Provinzialbehörden, ebenso der Erzbischof von Köln haben neue Proteste gegen die Wiederzulassung des Karnevals an die Reichsregierung und die Landesregierung gerichtet.

*

Das französische Kriegsgericht in Bochum verurteilte den Angehörigen des Frontbanners Berger aus Rostock, weil er in Bochum die Abzeichen des Frontrings zur Schau getragen hatte, zu 6 Monaten Gefängnis und Ausweisung aus dem besetzten Gebiet.

*

Aus Paris wird gemeldet: Der Direktor der politischen Angelegenheiten Seydoux, ist ernstlich erkrankt.

*

Der australische Premierminister Bruce teilte mit, daß das beschlagnahmte deutsche Eigentum in Neuguinea demnächst zum Verkauf angeboten werden wird.

*

Nach Pressemeldungen wird das Mitglied der englischen Handelskammer, Philipp Dawson, demnächst zu einem zweiten Besuch im Baltikum eintreffen. Dawson will die Fragen studieren, die mit dem englischen Handel und der englischen Industrie in den baltischen Staaten zusammenhängen.

Letzte Meldungen.

Demission Herriots?

Paris, 12. Januar. In politischen Kreisen wurde gestern davon gesprochen, daß Herriot am 13. Januar noch nicht hergestellt sein werde. Der allgemeine Zustand ist befriedigend, aber Herriot dürfe sein Bein noch nicht anstrengen. Es wird ihm deshalb nicht möglich sein, an den Kammersitzungen teilzunehmen. Es heißt, daß Herriot noch vor Beginn der Kammerberatungen seine Demission geben werde und daß einer seiner jetzigen Mitarbeiter als Nachfolger in Aussicht genommen worden sei.

Es wurde auch gesagt, daß Präsident Doumergue durch die lange Erkrankung des Ministerpräsidenten beunruhigt sei und im stillen bereits Umschau nach einem Nachfolger halte. Die Zeitungen verzeichnen dieses Gerücht noch nicht und es wird am Quai d'Orsay auch nicht bestätigt. Aber es ist nicht zu bestreiten, daß die Krankheit Herriots auf manche politische Entscheidung der letzten Wochen einen Einfluß ausgeübt hat. Wenn der Ministerpräsident freiwillig zurücktreten sollte, wird als Nachfolger Briand oder Loucheur in Betracht kommen.

Mißglückter Kabinettsbildungsversuch Dr. Luthers.

Dr. Luther hielt am Sonnabend eine Konferenz mit dem deutschnationalen Führer Dr. Schiele und dem Demokratenführer Koch ab. Wie der Berichterstatter der „Rzeczpospolita" erfährt, nahmen die Demokraten eine abweisende Haltung gegenüber der Mission Dr. Luthers an, während die Deutschnationalen unter gewissen Vorbehalten zusagten. Der Korrespondent erfährt weiter aus durchaus kompetenter Quelle, daß Dr. Luther angesichts der abweisenden Haltung der Demokraten und der unklaren Stellungnahme der Deutschnationalen die ihm vom Reichspräsidenten übertragene Mission der Kabinettsbildung niedergelegt hat.

Die Manöver der japanischen Flotte.

Die japanische Flotte war im Laufe der letzten Wochen mit großzügigen Manövern beschäftigt, wobei die ganze Marine mobilisiert war. Im japanischen Budget für das Jahr 1925 sind 2½ Millionen Dollar für den Ausbau der japanischen Marine bestimmt worden. Die Manöver stellten einen Seeangriff der blauen Flotte dar, die Japan von Südosten her attackierte. Die blaue Flotte sollte die amerikanische Flotte bedeuten.

Nur vorläufige Abmachungen der Finanzkonferenz.

Über die Tagung der Finanzministerkonferenz erfährt das „Journal des Debats", daß mit Ausnahme Englands die Delegierten sich für den belgischen Antrag ausgesprochen haben, die in Paris zu treffenden Abmachungen nur für vorläufig ein Jahr verbindlich zu erklären, da man die Erfüllung des Dawesplanes durch Deutschland für die kommenden Jahre noch keineswegs übersehen könne.

Deutscher Hochschultag in Darmstadt.

Der vor fünf Jahren gegründete Verband der deutschen Hochschulen tagte am 8. Januar in Darmstadt. Die Gegenstände, die seinen Beratungen zugrunde lagen, waren äußerst wichtiger Natur. Um so mehr, als ja die technischen Hochschulen mitten in der Arbeit der Praxis stehen und mit ihrer Wissenschaft unmittelbar dem praktischen Leben dienen wollen. Anderseits kam aber auch das Verhältnis der akademischen Lehrer zu ihren Studenten zur Sprache. Einen besonders interessanten Vortrag hielt der Darmstädter Professor für Elektrotechnik Dr. Petersen. Er sprach über

Probleme der Fernkraftübertragung.

Ein Bericht der „Frankf. Ztg." bringt folgende Zusammenfassung des Vortrages: „Große neue Starkstrom-Übertragungsnetze sind in den letzten Jahren entstanden. Im Norden, besonders in Rheinland-Westfalen, haben wir Braunkohlenkraft, deren Übertragung hochwertige Schwarzkohle spart. Im Süden Deutschlands haben wir die „weiße Kohle" der Gebirgsbäche. Aus dem in Arbeit befindlichen Donau-Mai-Werk wird noch große Kraft gewonnen werden. Die Wasserkraftversorgung wird durch die Wasserklemme (Wasserarmut im Vorfrühjahr und Herbst) behindert. So ist ein Austausch zwischen Nord und Süd angebracht: in den Zeiten der Wasserklemme geht Strom von Nord nach Süd, sonst von Süd nach Nord. Unsere jetzigen 100 000 Volt-Leitungen sind zu gering. Mit 220 000 Volt kann Strom von Westfalen nach Frankfurt, ja nach Nord-Württemberg gebracht werden. Ja, es liegen schon Pläne zu 380 000 Volt-Leitungen vor. Damit ist auch die Ausnutzung der ungeheuren Wasserkräfte Skandinaviens möglich. Doch ergeben sich Schwierigkeiten. Die Ladeleistung hängt von der Aufnahmefähigkeit (Kapazität) ab; für die Nordsüdleitung von 220 000 Volt bedarf es 160 Ampère, bedarf es einer Maschinenleistung von 80 000 P. S., um die Leitung unter Spannung zu halten. Hohe Ladungen sind ferner den Verlusten ausgesetzt, die das zersetzende Eindringen der Elektronen und Jonen der Luftatmosphäre verursacht, den sogen. Klemmerscheinungen. Die Dicke der Leitungen (28 Millimeter für 220 000 Volt, 50 Millimeter für 380 000 Volt) muß die Klemmerscheinungen verhindern. Auch benutzt man aus dem gleichen Grunde seit den letzten Jahren das Hohlseil statt des Vollseiles. Der störende Einfluß auf die Schwachstromleitungen (Obertöne) muß bekämpft werden. Gegen die Allgewalt des unmittelbaren Blitzschlages in die Leitungen sind wir heute noch machtlos, so daß bei einem Blitzschlag in Bayern Leipzig im Bruchteil einer Sekunde im Dunkel liegt. Zur Überwindung dieser Schwierigkeit bedarf es der tiefsten physikalisch-technischen Kenntnisse, die uns heute noch fehlen."

Aus Stadt und Land.

Posen, den 12. Januar.

Ermäßigung und Aufhebung der Visumgebühren.

Nach längeren Verhandlungen ist es zu einer Verständigung der beteiligten Regierungen über die im deutsch-polnischen Verkehr zu erhebenden Visumgebühren gekommen. Die polnischen Konsulate im Deutschen Reich werden nunmehr die ermäßigten Gebührensätze zur Anwendung bringen. Das Einreisevisum kostet 10 Goldfrancs, das Ein- und Rückreisevisum mit einmonatigem Aufenthalt in Polen 10 Goldfrancs, das Visum für mehrmalige Hin- und Rückreise mit dreimonatiger Dauer 20 Goldfrancs. Die deutschen Visumgebühren für Reisen von Polen nach Deutschland sind in gleicher Weise ermäßigt worden. Auch Jugoslawien hat die Visumgebühr erheblich herabgesetzt für solche Erholungsreisende, die einen mindestens 14tägigen Aufenthalt in Ragusa oder einem der dalmatischen Kurorte des Landes nehmen wollen. Die Gebühr beträgt jetzt statt 320 nur noch 10 Dinar. Sehr erfreulich ist die Nachricht, die aus Karlsruhe kommt: Danach hat das österreichische Konsulat in Karlsruhe sich bereit erklärt, den deutschen Jugendwandererverbänden bis auf weiteres für gemeinsame Wanderungen gebührenfreie Sichtvermerke für den Besuch des österreichischen Gebietes zu gewähren. Hoffentlich bedeutet diese Herabsetzung bzw. Beseitigung der Gebühren seitens verschiedener Länder nur eine Etappe auf dem notwendigen Wege zur völligen Beseitigung der Sichtvermerke, die den Reiseverkehr der Länder zu ihrem eigenen Schaden fesseln.

Erwerb von Eisenbahnfahrkarten im Verkehr von Polen nach dem Auslande.

Auf Grund von Vorstellungen von Industriellen und Handelskreisen, daß Kaufleute, die im Auslande weilen, in den Hauptstädten der westeuropäischen Staaten nicht die Möglichkeit haben, in den Besitz von direkten Fahrkarten nach polnischen Stationen zu gelangen, sowie daß Reisende, die aus Polen nach dem Auslande ausreisen, bei dem Erwerb von direkten Fahrkarten auf Schwierigkeiten stoßen, wandte sich die Industrie- und Handelskammer in Bromberg an das Eisenbahnministerium mit der Bitte um Abstellung dieses Mangels. In Beantwortung des Antrages der Bromberger Kammer, dem sich die Industrie- und Handelskammern in Posen und Kattowitz angeschlossen hatten, teilte das Eisenbahnministerium mit, daß die von der Kammer angeschnittene Frage der Erleichterung in dem Erwerb von Fahrkarten im Verkehr mit dem Auslande aus Polen und umgekehrt nicht aufgehört hat, eine ständige Sorge des Eisenbahnministeriums zu sein. Solange die Schwankung des Kurses unserer Valuta, sowie der Valuten anderer europäischer Staaten der Einführung direkter Fahrkarten im internationalen Verkehr im Wege stand, konnten alle Bestrebungen nach dieser Richtung hin nicht verwirklicht werden. Jetzt aber, nachdem die Valutaverhältnisse geregelt sind, hat das Eisenbahnministerium mit dem 1. November 1924 einen direkten Eisenbahn- und Gütertarif zwischen Polen und Rumänien eingeführt, und gegenwärtig sind Verhandlungen im Gange, um entsprechende Abkommen mit der Tschechoslowakei, England, Belgien und Frankreich, sowie mit Österreich, Jugoslawien, Deutschland, Italien und der Schweiz zu treffen. Die Einführung dieser direkten Tarife ist im Laufe der ersten Monate dieses Jahres zu erwarten.

s. **Personalnachricht.** Dem Ehrenkonsul des Königreichs Rumänien, Stefan Grabski, ist das Exequatur als Ehrenkonsul für die Wojewodschaften Posen und Pommerellen mit dem Sitze in Posen erteilt worden.

s. **Warnung.** Einer der polnischen Konsuln in Frankreich warnt in polnischen Blättern vor einem Jan Maetter, französischem Bürger und ehemaligem Notar in Ribeauville, der zur Durchführung von Holztransaktionen nach Polen gereist ist.

X **Wertbriefe nach dem Auslande.** Das Handelsministerium gab eine Verordnung heraus, nach der Wertbriefe nach dem Auslande bis zum Werte von 5000 Goldfranken gesandt werden können.

Windstille und Kälte in Aussicht. Stürmische Nordwestwinde trieben in den letzten Tagen und Nächten wieder ihr tolles Spiel und ließen rege schauerbringende Wolkenfetzen in rasender Eile über den mondverhellten Nachthimmel jagen. Sie wurden verursacht durch die Ausläufer einer im Anschluß an letzten Tiefdruck ganz „unprogrammäßig" bei Island aufgetretenen Depression, die sich mit kolossaler Geschwindigkeit südostwärts über Skandinavien und die Ostsee ausdehnte, unser Gebiet traf und im Laufe der Nacht nach dem Baltikum, Rußland und weiter ostwärts zog. Es ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß mit dem Abwandern des Tiefdruckgebietes in östlicher Richtung vorläufig diese Periode für uns abgeschlossen ist. Das über Frankreich und Süddeutschland lagernde Hochdruckgebiet, das selbst in Südfrankreich Temperaturen bis 4 Grad Frost, Nebel und Windstille gebracht hat, dürfte sich sehr bald ostwärts erstrecken und uns gleichfalls Windstille und Kälte bescheren.

s. **Für die Krisis in der Landwirtschaft** ist folgender Fall bezeichnend: Kürzlich stand eine kleine Besitzung im Kreise Wirsitz zur Versteigerung. Auf dem Besitztum lastet eine Rente für das Landamt (Urząd Ziemski). Bei der Festsetzung des Mindestgebots stellte es sich heraus, daß die Rente voll valorisiert werden muß. Infolgedessen war, wie der „Dziennik" berichtet, das Mindestgebot so hoch, daß keiner von den zahlreich Erschienenen an der Versteigerung teilnahm und der Termin ergebnislos verlief.

s. **Mißstände bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse.** Über die langsame Abfertigung der Interessenten in der Allgemeinen Ortskrankenkasse führen die polnischen Blätter lebhafte, berechtigte Klagen. Stundenlang muß man im größten Gedränge warten, und manche Schwachen werden ohnmächtig.

Die 111. Zuchtviehversteigerung der Danziger Herdbuchgesellschaft in Danzig-Langfuhr, Husarenkaserne I, ist auf den 11. und 12. Februar d. J. festgesetzt und wird wieder außerordentlich stark beschickt werden. Bisher sind 60 sprungfähige Bullen, 150 hochtragende Kühe und 150 hochtragende Färsen angemeldet. Das Zuchtgebiet ist frei von Seuchen aller Art. Die Ausfuhr nach Polen ist unbeschränkt und geht ohne jede Formalität von statten. Die Verladung erfolgt durch die Herdbuchgesellschaft. Versteigerungskataloge versendet kostenlos die Geschäftsstelle der Herdbuchgesellschaft in Danzig, Sandgrube 21.

X **Posener Wochenmarktpreise.** Auf dem heutigen Montags-Wochenmarkt herrschte sehr geringer Verkehr und noch weniger Kauflust. Das Pfund Landbutter kostete 1.80—2.10 zł, das Pfund Tafelbutter 2.50—2.60 zł. Für das Pfund Quark zahlte man 40—50 gr, für die Mandel Eier 2.80—3.50 zł. Auf dem Geflügelmarkt waren die Preise unverändert, die Nachfrage und der Umsatz waren jedoch ganz außerordentlich gering. Auf dem Fleischmarkt bezahlte man das Pfund rohen Speck mit 1.00 bis 1.10 zł; die Fleischpreise waren unverändert. Auf dem Fischmarkte bezahlte man das Pfund Karpfen mit 2.50 zł, das Pfund Hecht mit 2 zł. Ferner bezahlte man für das Pfund Zwiebeln 30—35 gr, Spinat 40 gr, Grünkohl 30—35 gr, Weißkohl 15 gr, rote Rüben 10 gr, Backpflaumen 90 gr, Kartoffeln 5 gr.

X **Vereiteltes Betrugsmanöver.** Ein Bauer aus der Gegend von Wollstein hatte vor einiger Zeit eine Hypothek von 4000 zł gesucht, und es hatte sich ein bekannter Pferdedieb Kaczmarek gemeldet, der ihm eine Frau Ankiewicz als Geldgeberin zuführte. Man wurde handelseins, und am Sonnabend erfolgte in Posen vor einem Notar der notarielle Akt über die Hypothekeneintragung, während die 4000 zł noch nicht zur Stelle waren. Frau Ankiewicz bestellte den Bauer nach einem Kaffeehause am Plac Wolności (fr. Wilhelmsplatz) und übergab ihm hier die „mit der Hypothek gefüllte" Tasche mit der ausdrücklichen Weisung, sie nicht früher als auf dem Bahnhofe zu öffnen. Als das dann hinterher geschah, fand er, daß die Tasche ausschließlich mit Papierschnitzeln und Lumpen gefüllt war. Der Bauer wandte sich nun schleunigst an die Kriminalpolizei, die die Eintragung der Hypothek in das Grundbuch noch glücklich hintertreiben konnte.

X **Die Eigentümer von Geflügel gesucht.** In der Nacht zum Sonnabend wurden auf dem Kernwerk von einem Militärposten zwei Zivilisten angehalten, die auf die Aufforderung, sich auszuweisen, einen Sack mit drei abgeschlachteten Gänsen und drei Hühnern von sich warfen. Der Eigentümer kann sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer Nr. 7, bis morgen, Dienstag, melden, andernfalls die Tiere, um sie vor dem Verderben zu bewahren, versteigert werden.

X **Aus dem elterlichen Hause in Rataj entfernt** hat sich vorgestern der 20jährige Taubstumme Jan Wroblewski, der ziemlich groß ist und auf der Nase eine Warze hat. Es wird gebeten, den Verschwundenen beim Antreffen der Polizei zu übergeben.

X **Als vermutlich gestohlen beschlagnahmt** wurden zwei Fahrräder, das eine schwarz, ohne Marke und ohne Nummer, mit Freilauf und schwarzen Griffen und einer Ledertasche mit der Aufschrift „Brennabor", das andere Marke „Ideal" mit der Nr. 356 473. Die Eigentümer können sich beim 5. Polizeikommissariat auf der Wallischei melden.

X **Wieder eingefunden haben sich** der aus der Taubstummenanstalt entwichene Knabe Jan Kubiak und der Schulknabe Wladislaus Wesolek, der sich aus seiner elterlichen Wohnung, Posenerstr. 82, vor einigen Tagen entfernt hatte.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einem Geschäft in der ul. Wrocławska 10/11 nach dem Einschlagen der Schaufensterscheibe 8 Meter Sammet im Werte von 50 zł; ferner am Sonnabend bei den Kanalisationsarbeiten an der Droga Dębińska (fr. Eichwaldstr.) ein Paar Gummistiefel, städtisches Eigentum.

X **Polizeilich festgenommen** wurden am Sonnabend und Sonntag: 9 Betrunkene, 7 Dirnen, 2 Obdachlose und 1 Bettler.

s. **Vom Wetter.** Am Sonntag hatten wir 2 Grad Wärme, heute, Montag, 4 Grad Wärme. Am Sonnabend konnte man einen schönen Regenbogen über Lazarus sehen.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Tag	Datum	Veranstaltung
Dienstag,	13. 1. 25.	Bachverein. Abds. 7½ Uhr Uebungsstunde für Damen. Abds. 8¼ Uhr Uebungsstunde für Herren.
Mittwoch,	14. 1. 25.	Gemischter Chor Wilda. Abends 8 Uhr Übungsstunde.
Mittwoch,	14. 1. 25.	Evangelischer Verein junger Männer. 9—10 Uhr Bibelstunde, außerdem von 6—10 Uhr. Bücher- u. Kanzleistunde.
Donnerstag,	15. 1. 25.	Radfahrerverein: abends 7 Uhr, Turnhalle des Below-Knotheschen Lyceums Radball und Reigenfahren.
Donnerstag,	15. 1. 25.	Evang. Verein junger Männer. 7—8 Uhr Stenographie. 8—½9 Blasen.
Donnerstag,	15. 1. 25.	Stenographenverein. Im Below-Knotheschen Lyzeum 6—8 Uhr Lehrkursus für Anfänger und Fortgeschrittene.
Freitag,	16. 1. 25.	Verein deutscher Sänger. Abends 8 Uhr Uebungsstunde.
Sonnabend,	17. 1. 25.	Kaufmännischer Verein. Stiftungsfest. Gemeinsame Tafel und Ball.
Sonnabend	17. 1. 25.	Evang. Verein junger Männer. ½9 Uhr Wochenschlußandacht. Außerdem 6 bis 10 Uhr Bücher- und Kanzleistunde.

Deutscher Theater-Verein Posen. Die Tätigkeit des Deutschen Theater-Vereins war durch die Renovierung des Theatersaales im Zoologischen Garten in den letzten Monaten für Posen unfreiwillig unterbrochen worden. In diesem Jahre beabsichtigt nun der Deutsche Theater-Verein, seine Veranstaltungen in verstärktem Maße aufzunehmen, was er aber nur erreichen kann, wenn ihm ein Fonds von rd. 1000 Złoty zur Verfügung steht. Aus diesem Grunde ist beabsichtigt, die Mitgliederzahl auf die Höhe von 300 zu bringen, die vierteljährlich im voraus einen Mindestbeitrag von 3 Złoty zu zahlen hätten. Den Mitgliedern des Vereins sollen aber durch ihren Beitritt nennenswerte Vergünstigungen zuteil werden. Deshalb ist geplant, die Mitgliedskarte mit Vergünstigungsabschnitten zu versehen, die bei Bezug der Eintrittskarte für die Veranstaltung in Höhe von 1 Złoty zur Anrechnung kommen. Bei dem Mitte Februar stattfindenden Maskenball soll dies schon zur Durchführung kommen. Für den vierteljährlich im voraus zu entrichtenden Beitrag erhält also jedes Mitglied eine Mitgliedskarte mit geldwertigen Abschnitten in Höhe von 4 Złoty, die im Verlaufe eines Vierteljahrs durch den Besuch der Vorstellungen eingelöst werden können. Schriftliche Beitrittserklärungen können im Konfitürengeschäft von Stoschek, ul. Gwarna, Ecke św. Marcin (fr. Ecke Viktoria- und St. Martinstr.), in den Geschäftsstunden abgegeben werden oder sind an den Schriftführer Boening, ul. Jasna 1 (fr. Buddestr.), zu richten.

Posener Handwerker-Verein. Wir weisen noch einmal darauf hin, daß morgen, Dienstag, den 13. d. Mts., in den Räumen der Loge, ul. Grobla, der Posener Handwerker-Verein seine Monatsversammlung abhält. Es wird ein Vortrag gehalten werden. Die Damen des Vereins werden gebeten, mit zu erscheinen.

* **Briesen,** 11. Januar. Aus bisher unaufgeklärter Ursache entstand ein Großfeuer auf dem Gehöft der Witwe Makowska, hier. Der Brand legte eine große Scheune, zwei Ställe, sowie die Hühnerställe in Asche. Das gesamte lebende und tote Inventar wurde ein Raub der Flammen. Die Besitzerin hatte die Gebäude sehr niedrig versichert.

* **Bromberg,** 11. Januar. In der Stadtverordnetensitzung am Donnerstag wurde zum Vorsteher Ingenieur Tadeusz Janicki fast einstimmig wiedergewählt, zu stellvertretenden Vorstehern Kazimierz Bayer, Ludwik Sosnowski und Tadeusz Matuszewski, als Schriftführer für geheime Sitzungen die Stadtverordneten Fiedler und Wardacki (Stellvertreter). Angenommen wurde ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats auf Bewilligung von 2086 zł zur Deckung des Restbetrages für die Beschaffung einer Fahne für das Bromberger 62. Infanterie-Regiment. Zum Schlusse der öffentlichen Sitzung verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Kreistages des Kreises Strelno, wonach der ganze Kreis dafür eintritt, daß man ihn bei der Wojewodschaft Posen beläßt. In geheimer Sitzung wurde an Stelle des unbesoldeten Stadtrats Kolbieski der Vorsitzende des Technikervereins und Direktor der Firma „Kabel Polski", Ingenieur Wdzięczński, gewählt.

* **Krotoschin,** 11. Januar. Die Fleischermeister haben seit Montag ihren Streik beendet; das Bäckereigewerbe hatte sich dem Ausstande nicht angeschlossen. — In den letzten Feiertagen weilte bei einer hiesigen Kaufmannsfamilie ein verwandtes Fräulein von etwa 50 Jahren zu Besuch. Man unterhielt und vergnügte sich prächtig. Da wurde das bisher gesunde Fräulein plötzlich derart nervenkrank, daß ihre Überführung nach Gnesen notwendig wurde, wo sie nach kurzer Zeit der Tod erlöste.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 10. Januar. In der Konditorei an der Wolska Nr. 42 spielte sich Sonntag abend ein blutiges Drama ab. Die Frau des Besitzers Przezdziecki lebte schon längere Zeit mit ihrem Schwager Zurawiński in Unfrieden. Als dieser am genannten Tage die Konditorei in betrunkenem Zustande betrat und von seiner Schwägerin die an der Kasse saß, auf seinen Gruß keinen Dank erhielt, zog er plötzlich einen Revolver hervor und erschoß sie. Die anwesenden Gäste entwaffneten Zurawiński und übergaben ihn der Polizei.

* **Lodz,** 9. Januar. Am 5. d. Mts. brach in der Fabrik von Wislicki, Gdańska 136, Feuer aus, das bald das ganze Gebäude in Asche legte.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

L. B. 1. Das zenterweise Lagernlassen von Kohlen in besserem möblierten Raum ist dem Aftermieter ohne Genehmigung der Vermieterin nicht gestattet. 2. Die 14tägige Kündigungsfrist für Aftermieter ist nicht aufgehoben.

T. N. in P. 1. Sie haben das Recht vom 1. Januar 1927 ab, die Zahlung der 120 000 Mark nach entsprechender Aufwertung zu verlangen. 2. Aufwertung mit 50 Prozent, d. h. also 60 000 Mark. 3. Halbjährlich postnumerando, wie es hypothekarisch eingetragen ist, und zwar von dem umvalutierten Betrage. 4. Siehe unter 1.

P. S. in N. Die Haftbarmachung der Eltern ist, wenn ihnen nicht irgend welche Schuld nachgewiesen werden kann, ausgeschlossen.

O. L. 101. Die uns zur Verfügung stehenden Kataloge geben derartige Blätter nicht an. Vielleicht wenden Sie sich einmal mit der Anfrage an die hiesige Annoncenexpedition von Rudolf Mosse, Vertreter Meyerstein, Wronker Str. 12, Fernsprechnummer 1803.

W. in K. Für Ihre Forderungen ist nach den Bestimmungen des polnischen Aufwertungsgesetzes (§§ 28 und 29) die Aufwertung bis zum vollen Werte möglich.

K. M. in L. Es ist in beiden Fällen Ausfuhrzoll zu entrichten.



Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Industrie.

⊙ **Die schlesische Textilindustrie** hat nach wie vor eine günstige Arbeitsmarktlage zu verzeichnen. So konnten im Reichenbach-Langenbielauer Bezirk eine ganze Reihe von Neueinstellungen vorgenommen werden. In Lauban ist die Lage unverändert günstig, ebenso im Löwenberger und Strehlener Kreise. In Grünberg konnte die Nachfrage für Weberinnen und Spinnerinnen nicht befriedigt werden. Nur im Saganer Bezirk ist eine rückläufige Bewegung zu beobachten.

Im Großhandel der Breslauer Konfektionsbranche ist das Geschäft im Monat Dezember ruhig gewesen. In der Herren- und Knabenkonfektion ging die Nachfrage nach Wintersachen, hauptsächlich wohl wegen des milden Wetters, sehr zurück, doch waren die Betriebe mit der Erledigung früherer Aufträge noch gut beschäftigt. Die Reisetätigkeit für die Frühjahrssaison wurde bereits aufgenommen. In der Damenkonfektion wurden die vorhandenen Bestände zu wesentlich herabgesetzten Preisen dem Konsum zugeführt. Es sollen aber noch große Lager, namentlich in Berlin, in allen Winterartikeln übrig geblieben sein. Die Sommerkollektionen stehen vor der Vollendung, so daß die Reisetätigkeit demnächst beginnen wird. In letzter Zeit sieht man optimistischer in die Zukunft, da die steigenden Rohmaterialienpreise die Neigung zum Kauf verstärken und die Zahlungsverhältnisse eine gewisse Erleichterung erfahren haben. Infolgedessen dürften die Fabrikanten in der Lage sein, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wie aus den vorliegenden Nachrichten hervorgeht, sind die maßgebenden Fabrikanten für zwei bis drei Monate mit Aufträgen gut versehen, so daß für die nächste Zeit ein gewisses Arbeitsquantum als gesichert gelten kann. Das Exportgeschäft in der Damenkonfektion zeigt keinerlei Belebung, da unsere Preise auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren können, und es ist nur zu hoffen, daß durch einen weiteren Abbau der Steuerlasten die notwendige Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Ländern in absehbarer Zeit wiederhergestellt wird. Erfreuliches kann von der Wäschekonfektionsbranche berichtet werden. Ihr Geschäftsgang ist im Zusammenhange mit einem lebhaften Weihnachtsabsatz als gut zu bezeichnen. Alle Arten von Damen-, Herren- und Kinderwäsche waren stark begehrt.

§ **Von der Beteiligung an dem polnischen Holzsyndikat,** das nach langwierigen Verhandlungen Anfang November gegründet wurde, haben sich (laut „Rynek Drzewny") die kleinpolnischen Holzindustriellen ausgeschlossen, weil die in der Hauptsache von den Warschauer Holzindustriellen beeinflußten Satzungsbestimmungen den besonderen Interessen der galizischen Holzindustrie nicht entsprechen. Damit hat das polnische Holzsyndikat, das bekanntlich die Holzinteressenten des ganzen Gebietes der polnischen Republik umfassen sollte, natürlich sehr an Bedeutung verloren.

Von den Märkten.

Holz. Holzverkaufspreise der staatlichen Oberförsterei Koło in zł: Eiche bis 20 Zentimeter 24, 21—30 Zentimeter 30, 31—40 Zentimeter 36, 41—50 Zentimeter 41.50, über 50 Zentimeter 47.50, Weißbuche bis 20 Zentimeter 23, 21—30 Zentimeter 25, 31—40 Zentimeter 28, 41—50 Zentimeter 30, Birke bis 20 Zentimeter 21, 21—30 Zentimeter 23, 31—40 Zentimeter 24.50, 41—50 Zentimeter 27, Kiefer bis 20 Zentimeter 19.50, 21—30 Zentimeter 22, 31—40 Zentimeter 23.50, 41—50 Zentimeter 25.50, Fichte bis 20 Zentimeter 13.50, 21—30 Zentimeter 16, 31—40 Zentimeter 18.50, 41 bis 50 Zentimeter 19.50, Linde bis 20 Zentimeter 17, 21—30 Zentimeter 18.50, 31—40 Zentimeter 21,50, 41—50 Zentimeter 24, Erle grau bis 20 Zentimeter 10, 21—30 Zentimeter 12, 31—40 Zentimeter 13.40, 41—50 Zentimeter 16, Pappel bis 20 Zentimeter 8.50, 21—30 Zentimeter 10, 31—40 Zentimeter 12.50, 41—50 Zentimeter 14 pro Meter, mittlere Bretter bis 1 Meter Höhe 3 Zentimeter stark 8.50, 4—6 Zentimeter 25, 7—9 Zentimeter 51, 10—12 Zentimeter 102, 13—14 Zentimeter 180 für 100 Stück, Brennholz: in Scheiten Weißbuche 12.50, Eiche 11.50, Birke 110, Kiefer 8.50, Fichte 7.50, Linde 6.50, Rundholz Weißbuche 10, Eiche 9.50, Birke 8.50, Kiefer 7, Fichte 6.50.

Warschau, 10. Januar. Verkaufspreise der Oberförsterei Kampinos: Kiefer bis 20 Zentimeter 18 zł, 21—30 Zentimeter 21, 31—40 Zentimeter 23, 41—50 Zentimeter 26, über 50 Zentimeter 29 pro Meter. Oberförsterein Drewinca: Kiefer bis 20 Zentimeter 14.50 zł, 21—30 Zentimeter 17.50, 41—50 Zentimeter 24 pro Meter, eichenes Rundholz zum Brennen 11.

Metalle. Warschau, 10. Januar. Notierungen der vereinigten Verbände der Metallindustrie in zł: Für 1 Tonne franko Verladestation: Rohguß (Chlewiska) auf Holzkohle 175, Witkowica 1.161, Staporkow Nr. 1 165, Eisenbruch (Gußfragment) 120, Inlandshandelseisen 222, Faßeisen kalt gewalzt 445, heiß gewalzt 256, Walze 275, Blechgrundpreis 282.

Wolle. Bielitz, 9. Januar. Für 1 Kilo Kammgarn 2/40 A Ia 24.02, schw. fr. Phigonie Garn 2.[illegible]—6 zł, Jutengarn 1.80 bis 2.15, Jutengewebe 2.05, Jutensäcke 2.15, Jutenabfälle 6.5—36, Hanfabfälle 12—25 für 100 Kilo.

Leder und Häute. Wilna, 9. Januar. Engrospreise in Dollar: Leichtes Rohleder 2.80 für 16 Kilo, schweres 2.80, leichtes Sohlenleder 0.90 pro Kilo, mittel 0.80, schweres 0.90, Chrom 1. Sorte 0.24 pro Fuß, 2. Sorte 20 Prozent billiger, 3. Sorte 10 Prozent billiger als 2. Sorte, Rohchrom 1.50. Tendenz unverändert.

Produkten. Warschau, 10. Januar. Im Privatverkehr wurden für 100 Kilo franko Verladestation notiert: Weizen 32, Roggen 23.50, Hafer 23, Gerste 26, Weizenkleie 15, Roggenkleie 14.50, Leinkuchen 24, Rapskuchen 21, Raps 50. In der letzten Woche war die Tendenz für Weizen und Roggen steigend.

Vieh und Fleisch. Danzig, 10. Januar. (Amtlich.) Preise für 50 Kilo Lebendgewicht in Danziger Gulden. Hornvieh: Ochsen fleischig jüngere und ältere 38—48, Bullen von höchstem Schlachtwert 48—50, fleischig jüngere und ältere 39—42, mäßig genährte 28—32, Färsen und Kühe vollfleischig ausgewachsen prima 49—52, fleischig 39—42, mäßig genährte Kühe 22—26, Jungvieh 28—35, Kälber prima gemästet 85—90, gut gemästet 60—70, gute Säuger 30—35, Mastlämmer und jüngere Masthammel 32—34, fleischige Schafe und Hammel 20—24, mittelmäßig genährte Schafe und Hammel 12—15, Mastschweine von über 100 Kilo Lebendgewicht 67 bis 70, vollfleischig über 100 Kilo Lebendgewicht 65—67, fleischige von 75—100 Kilo Lebendgewicht 60—64. Der Auftrieb betrug vom 30. Dezember bis 5. Januar 30 Ochsen, 164 Bullen, 214 Kühe, zusammen 408 Stück Hornvieh, 119 Kälber, 343 Schafe und 1720 Schweine.

Produkten. Chikago, 9. Januar. Cts. pro Bushel Weizen Mai 179½, Juli 153⅞, September 146⅝, Mais für Mai 128⅝, Juli 129⅝, September 129⅛, Hafer für Mai 61⅞, Juli 61¾, Roggen für Mai 156⅞, Juli 137⅞.

Hamburg, 10. Januar. Weizen der Nordstaaten 244—250, Roggen 234—242, deutsche Gerste 220—230, ausländische 220—235, Hafer Norddeutschland 186—192.

Börsen.

≠ **Der Złoty** am 10. Januar. **Danzig:** Złoty 101.49—102.01, Ueberweisung Warschau 100.84—101.36, **Zürich:** Ueberw. Warschau 99, **London:** Ueberw. Warschau 24.8, **Neuyork:** Ueberw. Warschau 19.25, **Bukarest:** Ueberw. Warschau 37.80, **Czernowitz:** Ueberw. Warschau 37.50, **Riga:** Ueberweisung Warschau 102.

≠ **Warschauer Börse vom 10. Januar.** Bankwerte: Bank Dyskontowy Warsz. 5.70, Bank Handlowy Warsz. 4.95, Bank dla Handlu i Przemysłu 1.10, Bank Zachodni 1.55 B. Z. Z. P. 1.4[illegible], Zw. Spół. Zarobk. 6.00 — Industriewerte: Cerata 1.50, Grodzisk 0.50, Elektryczność Zagł. Dąbr. 1.00 Siła i Światło 0.38, Chodorów (ohne Kupon 1923/24), Częstocice 1.80, Michałow 0.35, Ostrowite 1.01, W. T. F. Cukru 3.00, Firley 0.31, Kopalnia Węgli 0.47, Bracia Nobel 1.45, Cegielski 0.53, Lilpop 0.55, Modziejowski 3.80, Norblin 0.67, Ostrowiecki 5.80, Parowóz 0.32, [illegible]ocisk 0.75, Rudzki 1.04, Starachowice 1.70, Ursus 1.10, Zawiercie 18[illegible]0, Żyrardów 10.00, Borkowski 0.80, Haberbusch u. Schiele 4.80, Spiritus 2.70, Kluczewska Fab. Pap. 0.33.

≠ **Berliner Börse** vom 10. Januar. (Amtlich.) Helsingfors 10.55—10.59, Wien 5.907—5.909, Prag 12.61—12.65, Budapest 5.82½—5.84½, Sofia 3.05—3.06, Holland 170.19—170.61, Oslo (Christiania) 64.34—64.50, Kopenhagen 75.16—75.34, Stockholm 112.77—113.29, London 20.10—20.15, Buenos Aires 1.663—1.667, Neuyork 4.19½—4.20½, Belgien 20.94—21, Mailand 17.57—17.61, Paris 22.51—22.57, Schweiz 81.16—81.36, Spanien 59.63—59.77, Danzig 79.70—79.90 Rio de Janeiro 0.496—0.498, Jugoslawien 7.34—7.[illegible]6, Portugal 19.88—19.92, Athen 7.65, Konstantinopel 2.28—2.29½.

≠ **Ostdevisen. Berlin,** 10. Januar. Freiverkehr. Auszahlung Warschau 80.45 G., 80.85 B., Bukarest 2.17 G., 2.18 B., Riga 80.50 G., 80.90 B., Reval 1.122 G., 1.128 B., Kowno 41,47 G., 41.68 B., Athen 7.63 G., 7.67 B. — Noten: polnische 79.95 G., 80.75 B., litauische 41.18 G., 41.60 B.

≠ **Züricher Börse** vom 10. Januar. (Amtlich.) Neuyork 5.17$\frac{1}{16}$, London 24.75¼, Paris 27.72½, Wien 73¾, Prag 15.53¾, Mailand 21.68, Belgien 25.77½, Budapest 71, Sofia 3.76¼, Holland 2[illegible]9½, Oslo 79.10, Kopenhagen 92.60, Stockholm 139.22, Spanien 73½, Berlin 123$\frac{1}{10}$, Belgrad 9.10.

≠ **Danziger Börse** vom 10. Januar. (Amtlich.) Neuyork 5.2531—5.2594, London Schecks 25.20¾, Paris 28.15—28.30, Holland 213.06—214.14, Berlin 125.082—126.688, deutsche Mark 125.186—125.814.

≠ **1 Gramm Feingold bei der Bank Polski für den 11. und 12. Januar 1925** — 3.4821 zł. (M. P. Nr. 7 vom 10. 1. 1925).

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 12. Januar 1925.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)
(Ohne Gewähr.)

Weizen, Transaktpr.	32.00	Fabrikkartoffeln	4.00
Roggen	24.50—25.50	Kartoffelflocken	18.75—19.75
Weizenmehl (65 % inkl. Säcke)	44.00—46.00	Roggenkleie, Transaktpr.	17.25
		Hafer	21.00—22.00
Roggenmehl I. Sorte (70 % inkl. Säcke)	35.25—37.25	Seradella (neue)	13.00—15.00
		Blaue Lupinen	10.00—12.00
Roggenmehl II. Sorte (65 % inkl. Säcke)	39.50	Gelbe Lupinen	13.50—15.50
		Klee, roter	160.00—230.00
		„ schwedischer	100.00—130.00
Braugerste	23.50—25.50	„ gelber	50.00—65.00
Felderbsen	18.00—21.50	„ weißer	200.00—250.00
Viktoriaerbsen	27.00—31.00	„ ungereinigter	20.00—27.0

Kartoffeln an den Grenzstationen und Erbsen in gewählten Sorten über Notierung. Tendenz: fest. Nachfrage belebt.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mk. in Złoty:

Wertpapiere und Obligationen:	12. Januar	10. Januar
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	4.00	4.00—3.90
8proz. Państwowa Pożyczka Złota	0.70	—.—
8% dolar. Listy Pozn. Ziemstwa Kred.	2.40	2.35
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	3.00	—.—
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	—.—	2.00
Industrieaktien		
H. Cegielski I.—IX. Em.	0.60	0.60
Centrala Skór I.—V. Em.	—.—	1.60
C. Hartwig I.—VII. Em.	—.—	1.55—1.60
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	2.50	—.—
Hurt. Spółek Spożywców I.-III. Em.	0.75	—.—
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. exkl. Kup.	95.00	—.—
Dr. Roman May I.—V. Em.	24.50	24.50
Piechcin, Fabr. Wapna i Cementu I.—II. Em.	4.00	—.—
Błótno I.—III. Em.	—.—	0.25
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	0.75	0.75
„Tri" I.-III. Em.	—.—	12.00
„Unja" (vorm. Bentzki) I.—III. Em.	6.00	5.75
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	—.—	7.00
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	1.50	—.—

Tendenz: ruhig.

Warschauer Vorbörse vom 12. Januar.

Dollar 5.17¾. Englisch Pfund 24.75. Schweizer Frank 99.82. Französischer Frank 27.68.

Warschauer Börse vom 10. Januar.

Belgien	25.90	Paris	27.88
Berlin	—.—	Prag	15.62½
London	24.92½	Schweiz	100.42½—100.38
Neuyork	5.18½	Wien	7.33—7.31
Holland	210.93	Italien	21.77½

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel, Wirtschaft, den übrigen unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.